

## Industrie steigert die Produktion

Der Index der rheinland-pfälzischen Industrieproduktion ist im April 2019 gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Produktionsindex um 2,8 Prozent über dem Niveau des Vormonats.

Alle drei industriellen Hauptgruppen steigerten im April ihren Güterausstoß. Am kräftigsten fiel der Zuwachs mit +3,3 Prozent in der Konsumgüterindustrie aus, deren Output allerdings in den vergangenen Monaten besonders stark schwankte. Die Ausbringung der Vorleistungsgüterhersteller erhöhte sich gegenüber dem Vormonat um 2,3 Prozent. In der Investitionsgüterindustrie stieg die bereinigte Produktion um 1,6 Prozent.

Zwei der drei umsatzstärksten Branchen des Verarbeitenden Gewerbes erhöhten ihre Ausbringung: Der Output der Chemieindustrie, die zur Vorleistungsgüterindustrie zählt und die Industriebranche mit dem höchsten Umsatz ist, legte im April deutlich zu (+6,2 Prozent). Im Maschinenbau, der zur Investitionsgüterindustrie gehört und unter den Industriebranchen gemessen am Umsatz an dritter Stelle steht, lag der Güterausstoß 5,1 Prozent über dem Niveau des Vormonats. In der Kraftwagen- und Kraftwagenteileindustrie, die die zweitgrößte Branche ist und ebenfalls zur Investitionsgüterindustrie zählt, blieb die bereinigte Produktion fast unverändert (-0,2 Prozent).

Konjunktur in Rheinland-Pfalz				
Gütergruppe / Branche	April 2019		Jan. bis April 2019	
	Veränderung des Indexwertes <sup>1</sup> zu			
	März 2019	April 2018	Jan. bis April 2018	
<b>Entwicklung der Produktion</b>				
Industrie	2,8 % ↑	-11,8 % ↓	-10,7 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>2</sup>	2,3 % ↑	2,5 % ↑	1,9 % ↗	
Investitionsgüterproduzenten	1,6 % ↗	-1,8 % ↘	-1,9 % ↘	
Konsumgüterproduzenten	3,3 % ↑	-42,8 % ↓	-37,6 % ↓	
Chemie	6,2 % ↑	8,2 % ↑	4,2 % ↑	
Fahrzeugbau	-0,2 % ↘	0,3 % ↗	5,0 % ↑	
Maschinenbau	5,1 % ↑	-7,2 % ↓	-11,6 % ↓	
<b>Entwicklung der Auftragseingänge</b>				
Industrie	1,4 % ↗	-12,4 % ↓	-13,6 % ↓	
Inland	-0,8 % ↘	-9,4 % ↓	-7,7 % ↓	
Ausland	2,3 % ↑	-15,6 % ↓	-17,4 % ↓	
Vorleistungsgüterproduzenten <sup>2</sup>	0,5 % ↗	-4,8 % ↓	-4,1 % ↓	
Investitionsgüterproduzenten	4,8 % ↑	-11,8 % ↓	-15,3 % ↓	
Konsumgüterproduzenten	-5,9 % ↓	-35,7 % ↓	-35,2 % ↓	
Chemie	1,0 % ↗	-3,8 % ↓	-3,5 % ↓	
Fahrzeugbau	1,2 % ↗	-18,4 % ↓	-17,8 % ↓	
Maschinenbau	8,6 % ↑	-10,9 % ↓	-17,7 % ↓	

<sup>1</sup> Preis-, kalender- und saisonbereinigt auf Basis vorläufiger Werte. – <sup>2</sup> Einschließlich Energie.

Zugleich war der Güterausstoß der Industrie im April 2019 wesentlich geringer als im Vorjahresmonat (-12 Prozent). Der Output der Konsumgüterindustrie ist – allerdings ausgehend von einem sehr hohen Niveau – stark zurückgegangen. In der Investitionsgüterindustrie gab es leichte Produktionseinbußen. Nur in der Vorleistungsgüterindustrie stieg die Ausbringung. Von den drei größten Industriebranchen steigerten zwei ihren Güterausstoß; den kräftigsten

Zuwachs verzeichnete die Chemieindustrie. Im Maschinenbau war die bereinigte Produktion geringer als im April 2018.

### Mehr Auftragseingänge der Industrie im April

Im April 2019 ist die Nachfrage nach Erzeugnissen der rheinland-pfälzischen Industrie gestiegen. Nach Berechnungen auf der Basis vorläufiger Werte lag der preis-, kalender- und saisonbereinigte Auftragsein-

### Konjunktur aktuell

Für Smartphone-Benutzer: Bildcode mit einer im Internet verfügbaren App scannen. Somit gelangen Sie jederzeit direkt zu den aktuellen Konjunkturdaten.



gangsindex um 1,4 Prozent über dem Niveau des Vormonats. Während aus dem Inland etwas weniger Bestellungen eingingen als im März (-0,8 Prozent), erhöhte sich das Ordervolumen aus dem Ausland um 2,3 Prozent.

In zwei der drei industriellen Hauptgruppen fiel die Nachfrage im April höher aus als im Vormonat. Nach einem deutlichen Rückgang im März verbuchte die Investitionsgüterindustrie nun den kräftigsten Zuwachs (+4,8 Prozent). Die bereinigten Auftragseingänge der Vorleistungsgüterhersteller nahmen leicht um 0,5 Prozent zu. In der Konsumgüterindustrie, deren Ordervolumen in den vergangenen Monaten besonders starken

Schwankungen unterlag, verringerten sich die Bestellungen im April um 5,9 Prozent.

In den drei größten Branchen der rheinland-pfälzischen Industrie stieg die Nachfrage. Das Ordervolumen der Chemieindustrie erhöhte sich im April um ein Prozent. In der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen, die zur Investitionsgüterindustrie gehört, gab es einen Zuwachs in ähnlicher Größenordnung (+1,2 Prozent). Besonders stark stiegen die bereinigten Auftragseingänge mit +8,6 Prozent im Maschinenbau.

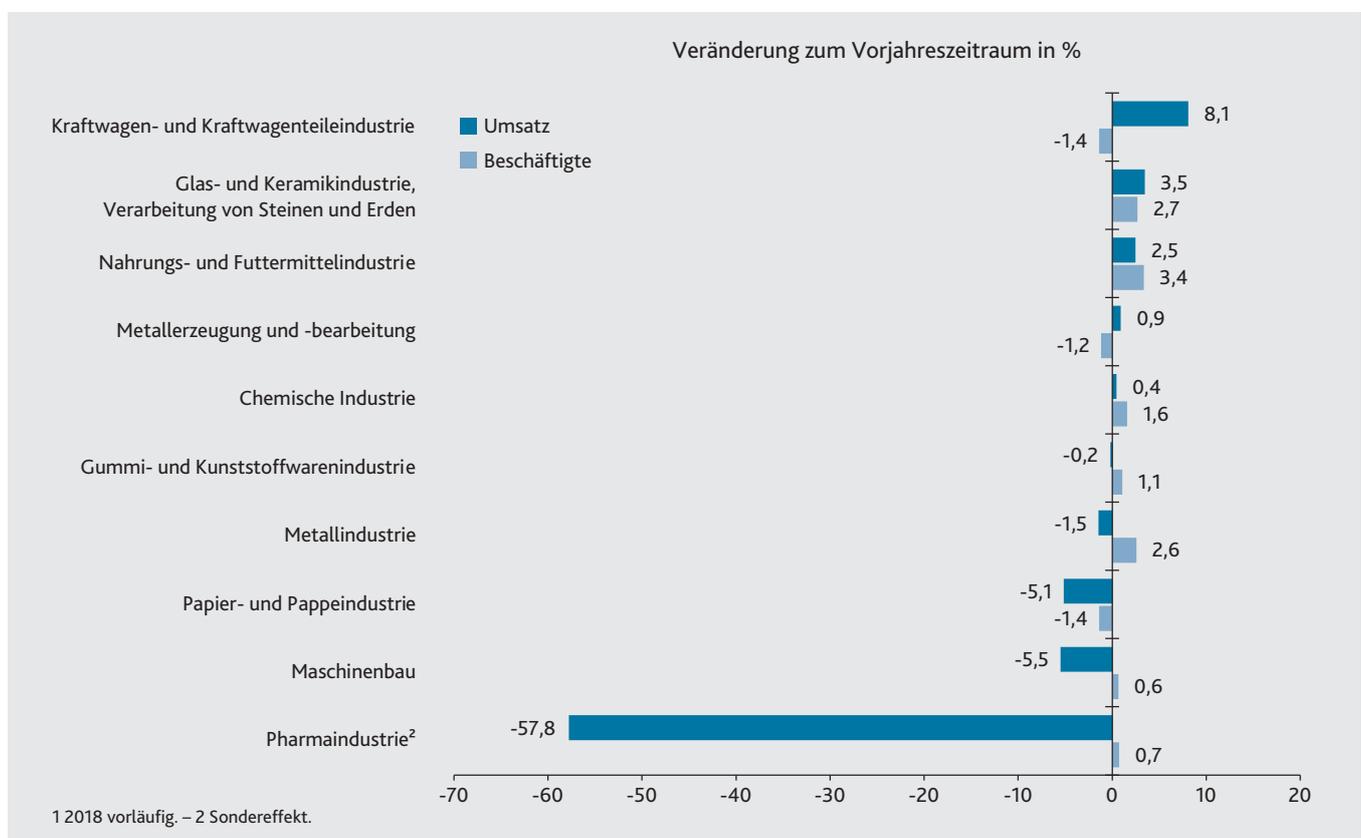
Trotz des Nachfrageanstiegs im April liegen die Bestellungen in der

Industrie weiterhin deutlich unter dem Niveau des Vorjahresmonats (-12 Prozent). In- und Auslandsgeschäft liefen schlechter als im April 2018. Die Rückgänge erstreckten sich über alle drei Hauptgruppen. Auch in allen drei großen Industriebranchen fiel das Ordervolumen geringer aus als ein Jahr zuvor.

### Positive Beschäftigungsentwicklung in der Industrie hält an

Die Zahl der Beschäftigten in der rheinland-pfälzischen Industrie ist im April 2019 erneut gestiegen. Die Zahl erhöhte sich gegenüber dem Vorjahresmonat um rund 3 100 bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,6 Prozent).

## Umsätze und Beschäftigte in der Industrie von Januar bis April 2019<sup>1</sup> nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



Insgesamt waren in den ersten vier Monaten rund 261 800 Personen in den rheinland-pfälzischen Industriebetrieben beschäftigt. Gegenüber dem Vergleichszeitraum 2018 erhöhte sich der Beschäftigtenstand um 1,5 Prozent (Deutschland: +1,8 Prozent). Sieben der zehn bedeutendsten Industriezweige wiesen eine positive Entwicklung auf. Das größte Plus verzeichneten die Hersteller von Nahrungs- und Futtermitteln (+3,4 Prozent). Die größten Rückgänge bei der Belegschaft gab es in der Herstellung von Kraftwagen und Kraftwagenteilen sowie in der Papierindustrie (beide -1,4 Prozent).

Die Umsatzerlöse lagen von Januar bis April 2019 mit 32,1 Milliarden Euro um 4,1 Prozent niedriger als im gleichen Vorjahreszeitraum (Deutschland: +1 Prozent). Die inländischen Umsätze gingen um 2,2 Prozent und die Auslandsumsätze um 5,5 Prozent zurück. (Deutschland: +0,4 und +1,6 Prozent). Die rheinland-pfälzische Exportquote lag in den ersten vier Monaten mit 57,2 Prozent um 0,9 Prozentpunkte unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

In fünf der zehn umsatzstärksten Industriebranchen lagen die Erlöse in den ersten vier Monaten in 2019 über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Die mit Abstand größte prozentuale Umsatzsteigerung verbuchten die Hersteller von Kraftwagen und Kraftwagenteilen (+8,1 Prozent). Dahinter folgte die Glas- und Keramikindustrie (+3,5 Prozent). Den größten Rückgang verzeichnete die Pharmaindustrie (-58 Prozent).

## Konjunktur im Bauhauptgewerbe in Rheinland-Pfalz

Indikator	April 2019		Jan. bis April 2019
	Veränderung des Wertes <sup>1</sup> zu		
	März 2019	April 2018	Jan. bis April 2018
<b>Auftragseingang</b>	19,6 % ↑	26,3 % ↑	12,2 % ↑
Hochbau insgesamt	6,8 % ↑	9,2 % ↑	8,9 % ↑
Wohnungsbau	1,6 % ↗	9,6 % ↑	2,9 % ↑
gewerblicher Hochbau	13,9 % ↑	23,6 % ↑	17,6 % ↑
öffentlicher Hochbau	23,9 % ↑	-23,6 % ↓	-6,0 % ↓
Tiefbau insgesamt	66,3 % ↑	57,1 % ↑	15,1 % ↑
gewerblicher Tiefbau	-0,1 % ↘	13,5 % ↑	29,1 % ↑
Straßenbau	40,1 % ↑	65,9 % ↑	11,4 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	18,4 % ↑	62,6 % ↑	9,9 % ↑
<b>Baugewerblicher Umsatz</b>	3,8 % ↑	15,2 % ↑	12,8 % ↑
Hochbau insgesamt	4,1 % ↑	14,6 % ↑	14,0 % ↑
Wohnungsbau	4,5 % ↑	14,1 % ↑	11,7 % ↑
gewerblicher Hochbau	6,3 % ↑	32,0 % ↑	25,7 % ↑
öffentlicher Hochbau	-6,5 % ↓	-21,3 % ↓	-6,9 % ↓
Tiefbau insgesamt	1,2 % ↗	14,2 % ↑	11,9 % ↑
gewerblicher Tiefbau	7,4 % ↑	6,4 % ↑	2,0 % ↑
Straßenbau	-1,7 % ↘	12,4 % ↑	11,4 % ↑
sonstiger öffentlicher Tiefbau	1,9 % ↗	26,4 % ↑	22,4 % ↑

<sup>1</sup> Kalender- und saisonbereinigt auf Basis endgültiger nominaler Werte.

Die gegenwärtige Entwicklung in der Pharmaindustrie wird von Sondereffekten überlagert und spiegelt nicht die allgemeine Entwicklung der Branche wider. Ohne Einbeziehung der Pharmaindustrie stieg der Umsatz der rheinland-pfälzischen Industrie um 0,9 Prozent (Inland: -1,5 bzw. Ausland: +2,8 Prozent). Die Exportquote lag ohne die Pharmaindustrie mit 56,5 Prozent um 1,1 Prozentpunkte über dem Wert des Vorjahreszeitraums.

### Aufträge und Umsätze im Bauhauptgewerbe im April höher als im Vormonat

Das rheinland-pfälzische Bauhauptgewerbe verzeichnete im April 2019 mehr Aufträge und höhere Umsätze

als im Vormonat. Die Auftragseingänge stiegen im Vergleich zum März 2019 – kalender- und saisonbereinigt – um 20 Prozent. Der baugewerbliche Umsatz erhöhte sich um 3,8 Prozent. Gegenüber den ersten vier Monaten 2018 verbesserte sich das Ordervolumen um zwölf Prozent und der Umsatz um 13 Prozent.

Im Vergleich zum März 2019 zogen die bereinigten Auftragseingänge im Tiefbau gegenüber dem Vormonatsergebnis kräftig an (+66 Prozent). Im Hochbau gab es eine Verbesserung um 6,8 Prozent. Die höchsten Auftragszuwächse verzeichneten der Straßenbau sowie der öffentliche Hochbau (+40 bzw. +24 Prozent). Lediglich für den gewerblichen Tiefbau errech-

net sich ein geringfügiger Rückgang (-0,1 Prozent). Gegenüber den ersten vier Monaten 2018 wurde sowohl im Tiefbau als auch im Hochbau eine deutliche Nachfragesteigerung registriert (+15 bzw. +8,9 Prozent).

Im Vergleich zum März 2019 erhöhten sich die bereinigten Erlöse im Hochbau um 4,1 Prozent. Für den Tiefbau errechnet sich eine leichte Umsatzsteigerung (+1,2 Prozent). Die stärksten Zuwächse gab es im gewerblichen Tiefbau (+7,4 Prozent). Der gewerbliche Hochbau sowie der Wohnungsbau übertrafen den Vormonatsumsatz ebenfalls deutlich (+6,3 bzw. +4,5 Prozent). Im öffentlichen Hochbau und im Straßenbau blieben die Erlöse hinter dem Vormonatsergebnis zurück (-6,5 bzw. -1,7 Prozent). Gegenüber den ersten

vier Monaten 2018 zogen die baugewerblichen Umsätze sowohl im Hochbau als auch im Tiefbau kräftig an (+14 bzw. +12 Prozent).

### Erwerbstätigkeit steigt im ersten Quartal um 0,7 Prozent

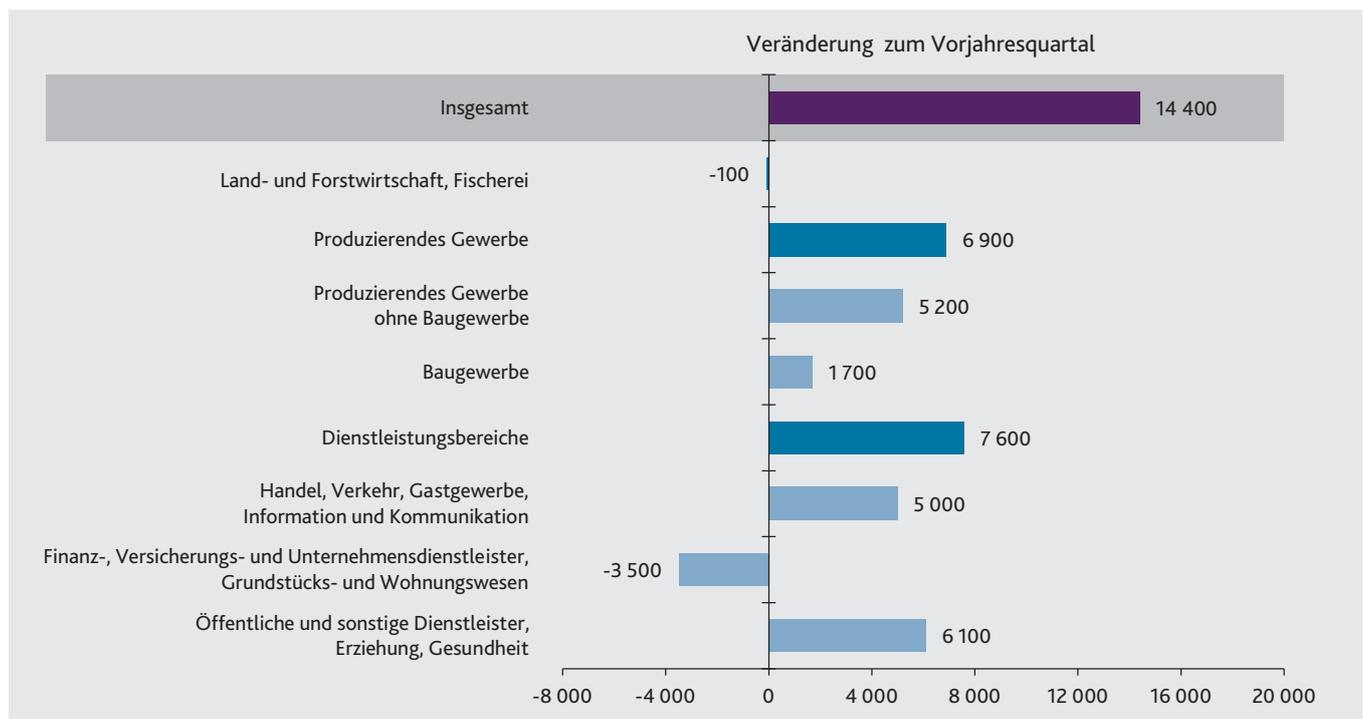
Die Erwerbstätigkeit in Rheinland-Pfalz nahm im ersten Quartal 2019 erneut zu. Nach vorläufigen Berechnungen des Arbeitskreises „Erwerbstätigenrechnung des Bundes und der Länder“ erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen gegenüber dem ersten Quartal 2018 um rund 14 400 bzw. 0,7 Prozent (Deutschland: +1,1 Prozent).

Damit setzt sich der Beschäftigungsaufbau weiter fort; im vierten sowie im dritten Quartal 2018 hatte der

Zuwachs jeweils 0,8 Prozent betragen. Im Durchschnitt des ersten Quartals 2019 hatten 2,03 Millionen Erwerbstätige ihren Arbeitsort in Rheinland-Pfalz, dies war der höchste Wert in einem ersten Quartal seit Einführung der vierteljährlichen Erwerbstätigenrechnung.

Der Dienstleistungssektor trug wesentlich zum Wachstum der Erwerbstätigkeit bei. Im ersten Quartal 2019 waren hier 7 600 Personen mehr beschäftigt als im Vorjahreszeitraum. Das entspricht einem Anstieg um 0,5 Prozent (Deutschland: +0,9 Prozent). Insgesamt arbeiteten 1,47 Millionen Menschen im tertiären Sektor (72 Prozent aller Erwerbstätigen). Die meisten neuen Arbeitsplätze entstanden im Bereich „Öffentliche und sonstige Dienst-

Erwerbstätige am Arbeitsort im 1. Quartal 2019 nach Wirtschaftsbereichen

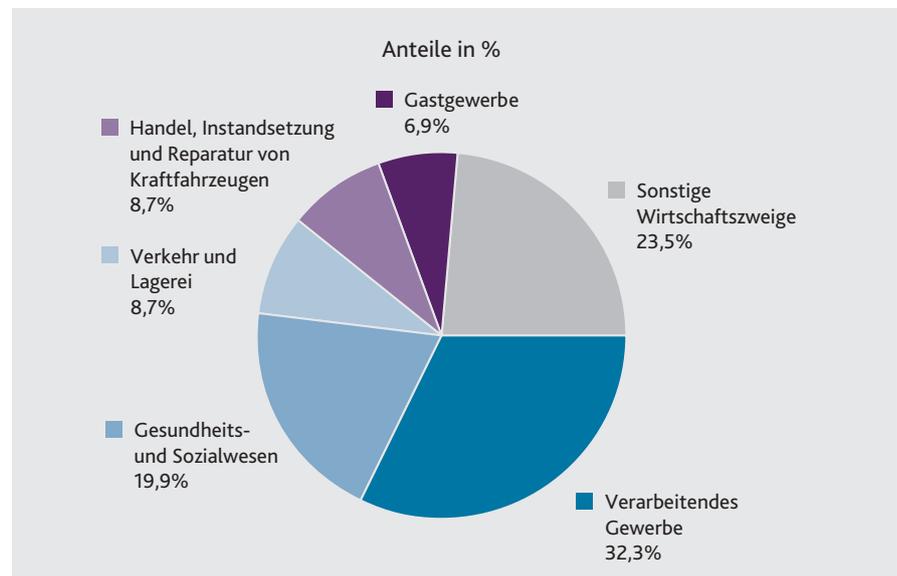


leister, Erziehung, Gesundheit", dem größten Teilbereich des Dienstleistungssektors. Hier stieg die Erwerbstätigenzahl um 6 100 bzw. 0,9 Prozent (Deutschland: +1,4 Prozent). Im Bereich „Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation“ nahm die Erwerbstätigkeit um 5 000 Personen bzw. ein Prozent zu (Deutschland: +1,1 Prozent). Der Teilbereich „Finanz-, Versicherungs- und Unternehmensdienstleister; Grundstücks- und Wohnungswesen“ musste einen Beschäftigungsrückgang um 3 500 Personen bzw. -1,3 Prozent hinnehmen (Deutschland: -0,2 Prozent).

Auch im Produzierenden Gewerbe, in dem 521 900 Personen bzw. knapp 26 Prozent aller Erwerbstätigen arbeiteten, stieg die Erwerbstätigkeit (Rheinland-Pfalz: +6 900 Personen bzw. +1,3 Prozent; Deutschland: +1,7 Prozent). Im größten Teilbereich, dem Verarbeitenden Gewerbe, erhöhte sich die Zahl der Erwerbstätigen um 4 500 Personen bzw. 1,2 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent). Das Baugewerbe verzeichnete erneut einen starken Beschäftigungsgewinn von 1 700 Personen bzw. 1,4 Prozent (Deutschland: +1,7 Prozent).

In der Land- und Forstwirtschaft verringerte sich die Beschäftigung. Die Zahl der Erwerbstätigen ging im Vergleich zum entsprechenden Vorjahresquartal geringfügig um 100 Personen bzw. 0,3 Prozent zurück (Deutschland: ebenfalls -0,3 Prozent).

### Nachtarbeiter/-innen 2017 nach Wirtschaftszweigen



### Mehr als 223 000 Erwerbstätige arbeiten, während andere schlafen

Jede bzw. jeder neunte Erwerbstätige in Rheinland-Pfalz arbeitet nachts. Im Jahr 2017 gingen gut 223 200 Rheinland-Pfälerinnen und Rheinland-Pfäler an mindestens einem Arbeitstag zwischen 23 und 6 Uhr einer Erwerbstätigkeit nach. Das waren knapp elf Prozent aller Beschäftigten.

Die meisten Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter übten 2017 einen Beruf im Verarbeitenden Gewerbe aus. Fast jeder Dritte, der in den Nachtstunden aktiv war, gehörte diesem Wirtschaftszweig an (72 100 Erwerbstätige bzw. 32 Prozent). Es folgten das Gesundheits- und Sozialwesen (44 400 bzw. 20 Prozent) sowie der Bereich „Verkehr und Lagerei“ (19 400 bzw. 8,7 Prozent). Auch in den Berufen des Handels und der Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen (19 400 bzw.

8,7 Prozent) sowie im Gastgewerbe (15 500 bzw. 6,9 Prozent) arbeiteten zahlreiche Beschäftigte zu den sonst üblichen Schlafenszeiten. Insgesamt gehörten mehr als drei Viertel aller Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter einem dieser fünf Wirtschaftszweige an (76,5 Prozent).

Vor allem im Gastgewerbe waren 2017 Arbeitszeiten zwischen 23 und 6 Uhr keine Seltenheit. Mehr als jede bzw. jeder Fünfte, der in dieser Branche beschäftigt war, arbeitete nachts. Ähnliches galt für Erwerbstätige im Bereich „Verkehr und Lagerei“ (20 Prozent). Auch wer einen Beruf im Verarbeitenden Gewerbe ausübte, musste sich auf ungewöhnliche Arbeitszeiten einstellen. Hier waren 2017 rund 18 Prozent aller Erwerbstätigen nachts aktiv.

Nachtarbeit ist unter Männern sehr viel weiter verbreitet als unter Frauen. Gut 156 100 Männer, aber nur etwa

67 000 Frauen arbeiteten 2017 in den Nachtstunden. Damit waren nur drei von zehn Nachtarbeitern weiblich. Auch Jüngere zeigten sich mit Blick auf die nächtlichen Arbeitszeiten flexibler. Rund 45 Prozent aller Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter waren zwischen 25 und 44 Jahre alt. Gemessen an allen Erwerbstätigen betrug der Anteil dieser Altersgruppe hingegen nur etwas mehr als 38 Prozent.

Im Durchschnitt verbrachten die knapp 170 000 Erwerbstätigen, die zusätzlich Angaben zum Umfang ihrer nächtlichen Arbeitszeit machten, etwa fünf Stunden an ihrem Arbeitsplatz. Etwas mehr als die Hälfte gab an, für gewöhnlich die vollen sieben Stunden zwischen 23 und 6 Uhr beschäftigt gewesen zu sein (54 Prozent). Gut jede bzw. jeder Neunte fügte ihrem bzw. seinem Arbeitszeitkonto im Mittel hingegen nicht mehr als eine Stunde hinzu (11,5 Prozent). Insgesamt waren gut zwei Drittel aller Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter wenigstens vier Stunden im Zeitraum der üblichen Ruhezeiten aktiv (69 Prozent).

Aufgrund einer Umstellung in der Erhebungsmethodik im Rahmen der Mikrozensusbefragung sind keine direkten Aussagen zur Entwicklung der Nachtarbeit im Zeitverlauf möglich. Denn während die Erwerbstätigen 2017 nur danach gefragt wurden, ob und wie häufig sie in den vergangenen vier Wochen vor dem Zeitpunkt der Befragung nachts gearbeitet hatten, bezog sich die Frage

in den Vorjahren stets auf den Zeitraum der vergangenen drei Monate. Werden vor diesem Hintergrund nur die Berichtsjahre 2012 bis 2016 verglichen, erweist sich der Anteil der Nachtarbeiterinnen und Nachtarbeiter an allen Erwerbstätigen als sehr stabil.

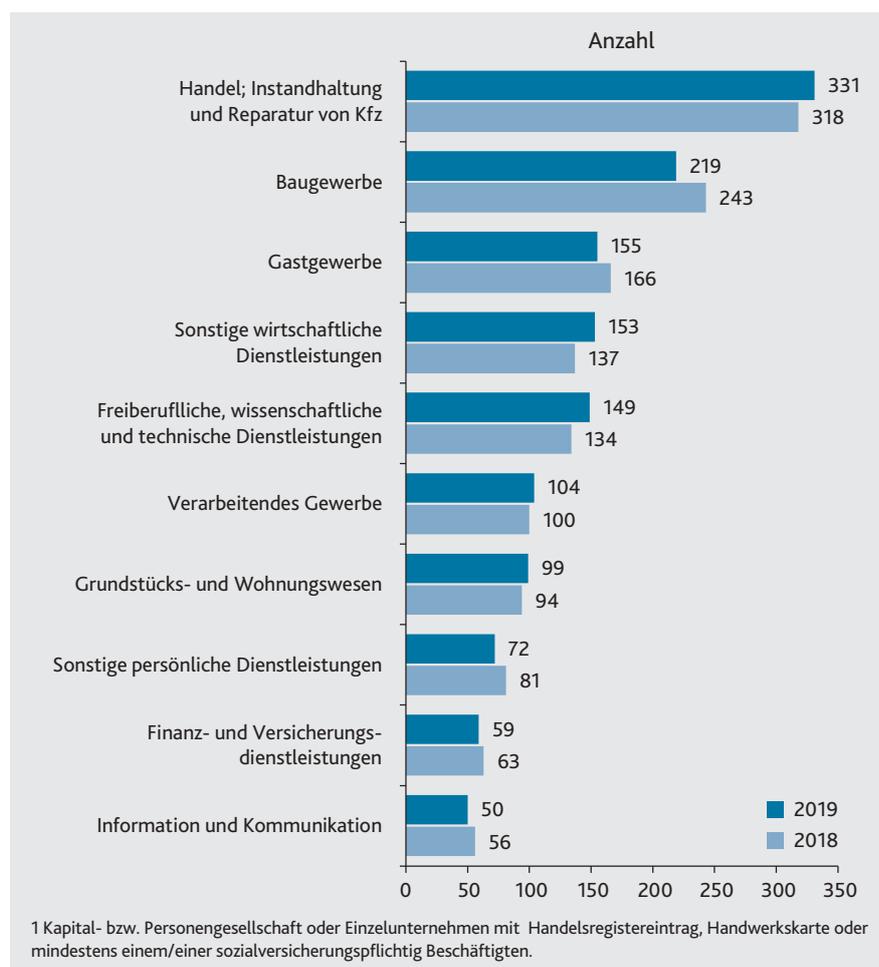
### Weniger Betriebsgründungen und Betriebsaufgaben im ersten Quartal

In Rheinland-Pfalz gab es im ersten Quartal 2019 etwas weniger Betriebsgründungen als im gleichen Zeitraum des Vorjahres. Die Zahl ging im Ver-

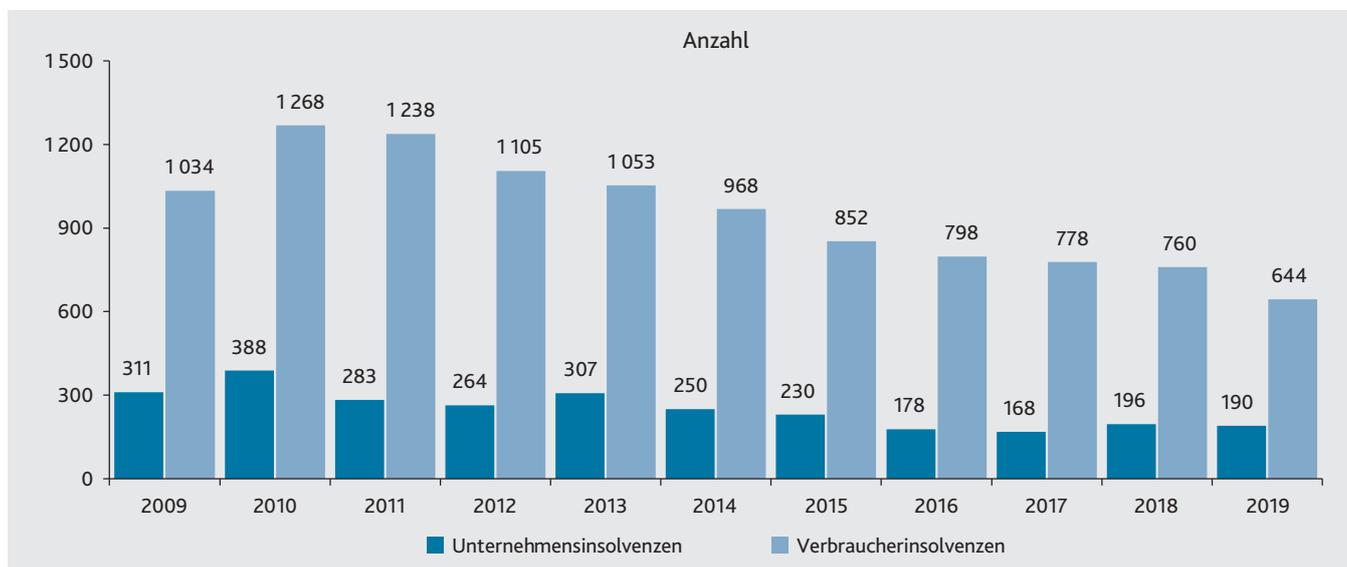
gleich zum ersten Quartal 2018 um 0,8 Prozent auf 1 529 zurück.

Betrachtet werden hierbei Gründungen von Unternehmen, bei denen sich in Anbetracht ihrer Rechtsform oder voraussichtlichen Beschäftigtenzahl eine größere wirtschaftliche Relevanz vermuten lässt. Hierzu zählen alle Neugründungen von Kapital- und Personengesellschaften sowie Neugründungen von Einzelunternehmen, die in das Handelsregister oder in die Handwerksrolle eingetragen sind oder die mindestens eine sozialversi-

Betriebsgründungen<sup>1</sup> im 1. Quartal 2019 und 2018 nach ausgewählten Wirtschaftszweigen



## Unternehmens- und Verbraucherinsolvenzen im 1. Quartal 2009–2019



cherungspflichtig Beschäftigte bzw. einen sozialversicherungspflichtig Beschäftigten haben.

Den höchsten Anteil an den Betriebsgründungen hatte der Bereich „Handel, Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (22 Prozent). Es folgten das Baugewerbe mit einem Anteil von 14 Prozent, das Gastgewerbe mit einem Anteil von gut zehn Prozent, die „Sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen“ mit einem Anteil von zehn Prozent sowie der Bereich der „Freiberuflichen, wissenschaftlichen und technischen Dienstleistungen“ mit einem Anteil von 9,7 Prozent.

Während landesweit 3,8 Betriebe je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner gegründet wurden, zeigten sich in regionaler Hinsicht deutliche Unterschiede. Für die kreisfreien Städte errechneten sich mit 5,4 Gründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Ein-

wohner deutlich höhere Werte als für die Landkreise (3,2). Die kreisfreien Städte wiesen mit jeweils vier Gründungen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohner die niedrigsten Werte auf. Der höchste Wert errechnete sich für Zweibrücken (7,9). Bei den Landkreisen lag die Spannweite zwischen 1,8 (Kusel) und fünf (Ahrweiler).

Die Zahl der sonstigen Neugründungen lag in den ersten drei Monaten des Jahres 2019 mit 5 893 um drei Prozent höher als im Vorjahreszeitraum. Als sonstige Neugründungen gelten Einzelunternehmen ohne Handelsregistereintrag, Handwerkskarte und sozialversicherungspflichtig Beschäftigte. Im Rahmen der sonstigen Neugründungen erfolgten 3 378 Gründungen im Nebenerwerb.

Im ersten Quartal 2019 wurden insgesamt 8 685 Gewerbe abgemeldet und damit 4,6 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum. Die Zahl der

Betriebsaufgaben, die das Pendant zu den Betriebsgründungen darstellen, ging um 0,4 Prozent auf 1 381 zurück. Die sonstigen Stilllegungen verringerten sich gegenüber dem Vorjahreszeitraum um 4,8 Prozent auf 5 685.

### Weniger Insolvenzen im ersten Quartal

Die Zahl der Unternehmensinsolvenzen ist im ersten Quartal 2019 in Rheinland-Pfalz leicht gesunken. Bei den Verbraucherinsolvenzen setzte sich der seit Jahren zu beobachtende Rückgang fort. Einen Antrag auf Eröffnung eines Insolvenzverfahrens stellten 190 Unternehmen, das waren drei Prozent weniger als im ersten Quartal des vorigen Jahres. Die Zahl der Anträge von Verbraucherinnen und Verbrauchern lag mit 644 um 15 Prozent unter dem Wert des Vorjahreszeitraums.

Mit dem Rückgang der insolvent gewordenen Unternehmen verminderte sich auch die Anzahl der durch die Insolvenzen in Gefahr geratenen Arbeitsplätze. Insgesamt waren die Arbeitsplätze von rund 1 500 Beschäftigten betroffen – fast fünf Prozent weniger als im entsprechenden Vorjahreszeitraum. Demgegenüber erhöhte sich das Volumen der voraussichtlichen Forderungen auf insgesamt gut 99 Millionen Euro – eine Steigerung um knapp neun Prozent. Durchschnittlich hatte damit jedes im ersten Quartal 2019 insolvent gewordene Unternehmen zum Zeitpunkt der Stellung des Insolvenzantrags gut 522 900 Euro Schulden. Im ersten Quartal 2018 hatte dieser Wert bei 465 500 Euro gelegen.

Die meisten Insolvenzanträge stellten Unternehmen, deren wirtschaftlicher Schwerpunkt den Wirtschaftszweigen „Baugewerbe“ (35 Anträge) und „Handel; Instandhaltung und Reparatur von Kraftfahrzeugen“ (32 Anträge) zuzurechnen ist. In diesen Wirtschaftszweigen sank jeweils die Anzahl der insolvent gewordenen Unternehmen um 27 bzw. elf Prozent. Danach folgten Unternehmen mit Schwerpunkt im Gastgewerbe (28 Anträge). Hier nahm die Anzahl um mehr als die Hälfte zu (56 Prozent).

Die Insolvenzhäufigkeit der Unternehmen, definiert als die Anzahl der insolvent gegangenen Unternehmen je 1 000 wirtschaftlich aktive Unternehmen, war in der kreisfreien Stadt Zweibrücken und im Landkreis Ahr-

weiler mit Werten von 3,6 bzw. 2,3 am höchsten. Aus den kreisfreien Städten Frankenthal und Pirmasens gingen keine Insolvenzanträge bei den Insolvenzgerichten ein.

Entsprechend dem Rückgang der Anzahl der insolvent gewordenen Verbraucherinnen und Verbraucher ergab sich auch ein Rückgang der voraussichtlichen Forderungen der Gläubiger. Die Höhe der Forderungen belief sich in der Summe auf weniger als 29 Millionen Euro. Dies entspricht einem Rückgang von fast 24 Prozent. Die durchschnittliche Verschuldung lag mit rund 44 300 Euro gleichfalls niedriger als im ersten Quartal 2018 (49 100 Euro).

Die Insolvenzhäufigkeit bei den Verbraucherinnen und Verbrauchern, war in der kreisfreien Stadt Pirmasens mit 10,4 Fällen je 10 000 Einwohnerinnen und Einwohnern mit Abstand am höchsten und im Landkreis Germersheim mit 0,4 am niedrigsten.

#### **Tourismus von Januar bis April 2019: Weniger Gäste, etwas mehr Übernachtungen**

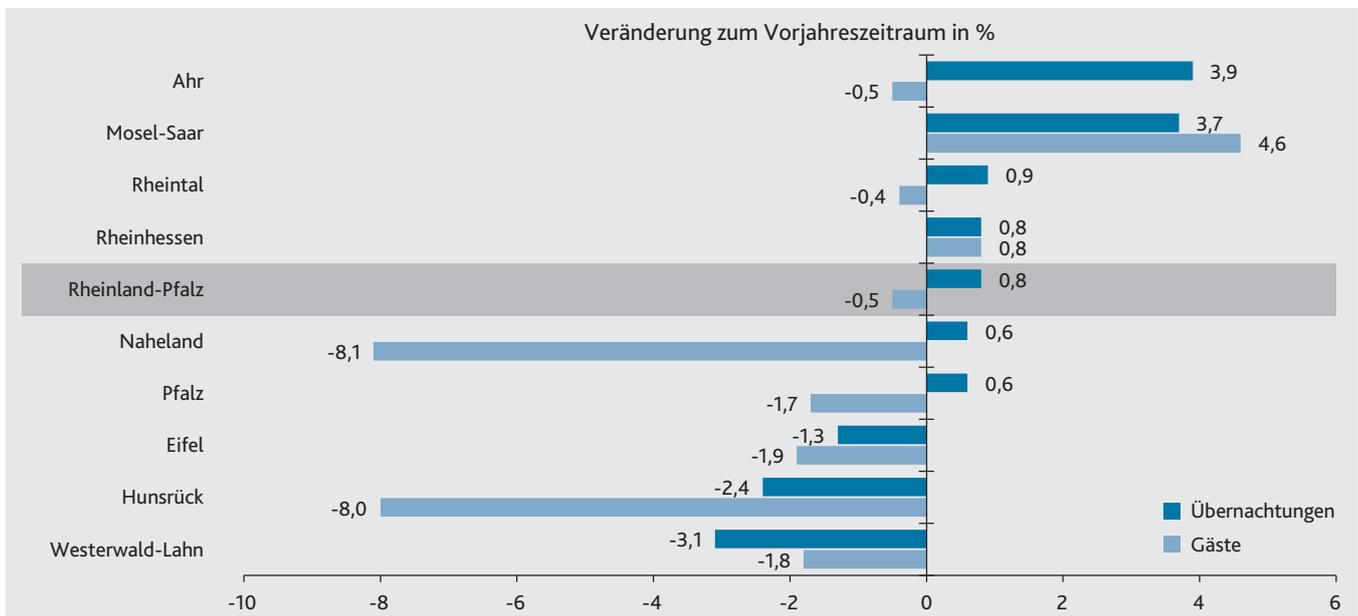
Die rheinland-pfälzischen Tourismusbetriebe verzeichneten im Zeitraum von Januar bis April 2019 ein leichtes Minus bei den Gästezahlen und einen moderaten Anstieg der Übernachtungen. Von Januar bis April übernachteten 2,25 Millionen Gäste im Land, was einem Minus von 0,5 Prozent gegenüber dem Vorjahreszeitraum entspricht. Gleichzeitig nahmen die Übernachtungen um 0,8 Prozent auf 5,7 Millionen zu.

In sechs der neun Tourismusregionen lag das Übernachtungsaufkommen über dem Niveau des Vorjahreszeitraums, wobei die Region Ahr mit einem Zuwachs von 3,9 Prozent den vordersten Platz einnahm, gefolgt von der Region Mosel-Saar mit einem Plus von 3,7 Prozent. In der Mehrzahl der Regionen entwickelte sich die Zahl der Gäste rückläufig. Einen Anstieg konnten die Regionen Mosel-Saar und Rheinhessen verbuchen.

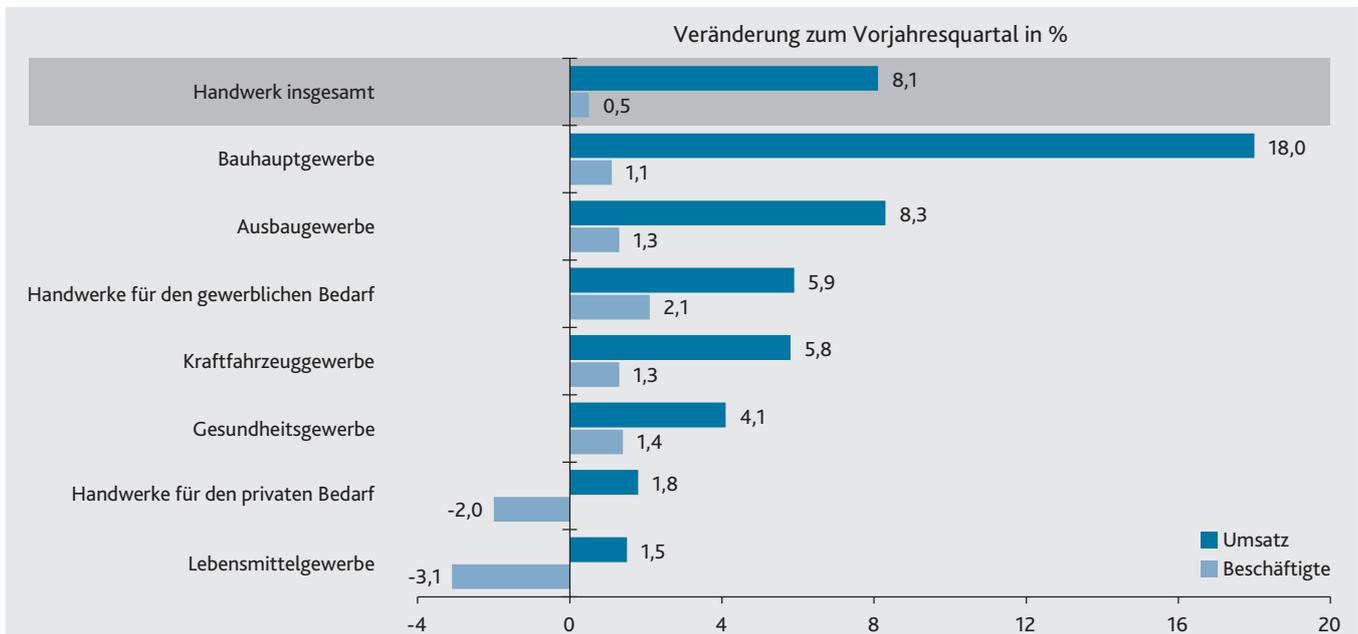
Vier der elf touristischen Betriebsarten verbuchten in den ersten vier Monaten 2019 höhere Gäste- und Übernachtungszahlen als im Vorjahreszeitraum. Um ein Viertel stiegen die Übernachtungen auf den Camping- und Reisemobilplätzen. Ferienzentren, Ferienhäuser und Ferienwohnungen sowie die Hotels garnis konnten ebenfalls von einem deutlich gestiegenen Gäste- und Übernachtungsaufkommen profitieren. In den anderen Betriebsarten sanken die Gäste- und Übernachtungszahlen. Die größten Rückgänge verzeichneten die Erholungs-, Ferien-, und Schulungsheime sowie die Vorsorge- und Rehabilitationskliniken.

Von Januar bis April 2019 übernachteten 1,83 Millionen Gäste aus dem Inland in Rheinland-Pfalz. Auf sie entfielen 4,62 Millionen Übernachtungen. Das waren 0,3 Prozent mehr als im Vorjahreszeitraum. Gleichzeitig wurden 1,08 Millionen Übernachtungen von Besucherinnen und Besuchern aus dem Ausland gezählt, was einer Zunahme um 3,2 Prozent entspricht.

## Übernachtungen und Gäste von Januar bis April 2019 nach Tourismusregionen



## Umsatz und Beschäftigte im zulassungspflichtigen Handwerk im 1. Quartal 2019 nach Gewerbegruppen



### Handwerk erzielt im ersten Quartal Umsatzplus

Das zulassungspflichtige Handwerk in Rheinland-Pfalz erzielte im ersten

Quartal 2019 gegenüber dem Vorjahreszeitraum einen Umsatzanstieg. Nach vorläufigen Angaben lagen die Erlöse in den Monaten Januar bis März um 8,1 Prozent über dem Niveau des

ersten Quartals 2018 (Deutschland: +6,4 Prozent).

Die Umsätze stiegen in allen Gewerbegruppen. Das Bauhauptgewerbe

verbuchte mit einem Plus von 18 Prozent die größte Steigerung. Dahinter folgte das Ausbaugewerbe mit +8,3 Prozent. An geringsten stiegen die Umsätze im Lebensmittelgewerbe (+1,5 Prozent).

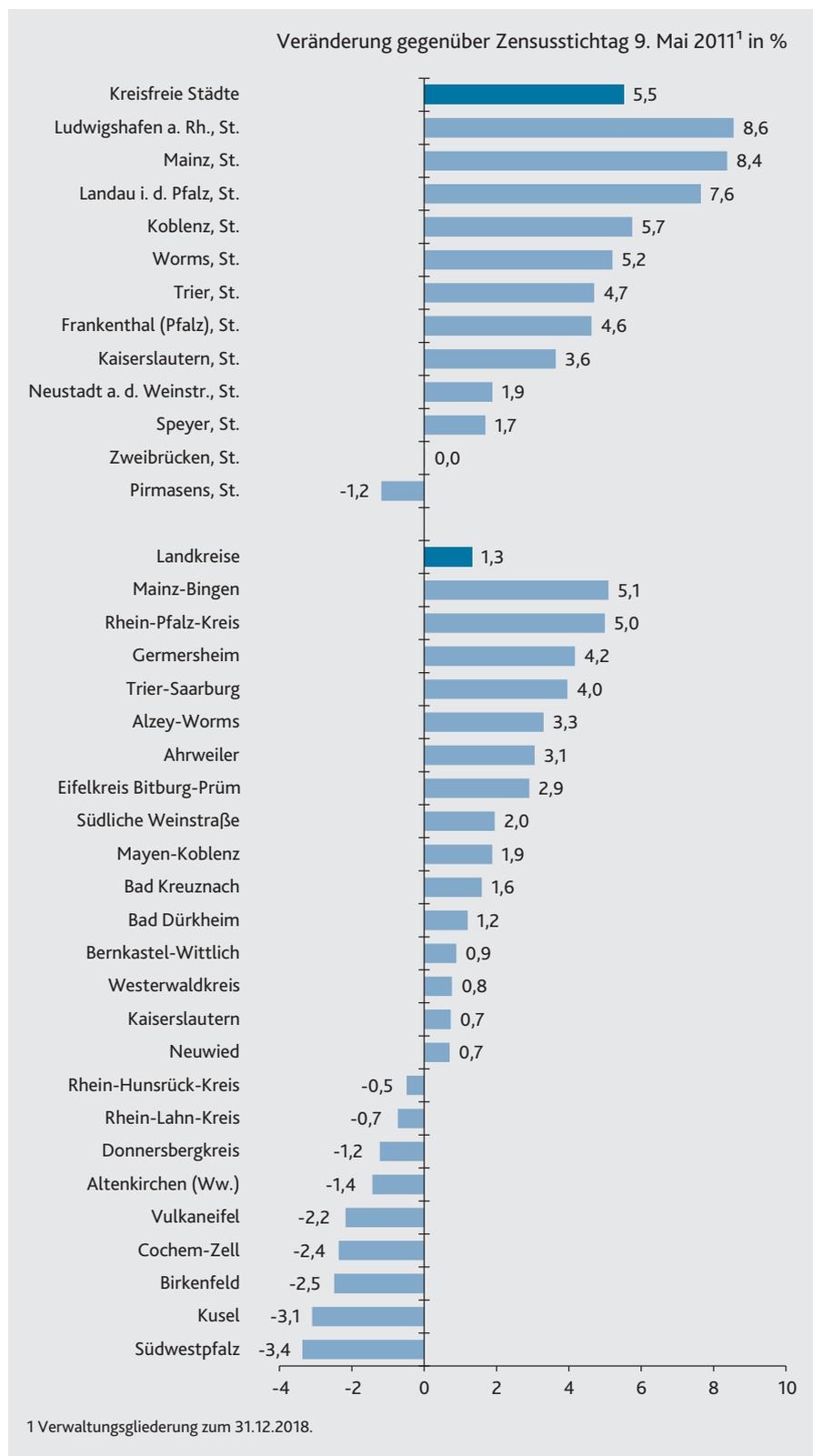
Die Zahl der Beschäftigten erhöhte sich gegenüber dem ersten Quartal 2018 leicht (+0,5 Prozent; Deutschland: +0,7 Prozent). In fünf der sieben Gewerbegruppen lag die Beschäftigtenzahl über dem Niveau des Vorjahreszeitraums. Den stärksten Anstieg verzeichneten die Handwerke für den gewerblichen Bedarf mit +2,1 Prozent. Den größten Rückgang musste das Lebensmittelgewerbe hinnehmen (-3,1 Prozent).

### Bevölkerungswachstum 2018

Im Jahr 2018 ist die Bevölkerungszahl in Rheinland-Pfalz im siebten Jahr in Folge gestiegen. Am 31. Dezember 2018 lebten 4 084 844 Menschen im Land, rund 11 200 mehr als ein Jahr zuvor und damit die höchste Zahl in der mehr als 70-jährigen Landesgeschichte.

Grund für den erneuten Anstieg ist, dass auch im vergangenen Jahr deutlich mehr Menschen nach Rheinland-Pfalz zu- als fortzogen. Der Zuzugsüberschuss lag bei 22 500 Personen, davon entfielen etwa 20 800 auf Auslands- und rund 1 700 auf innerdeutsche Wanderungen. Die Zahl der Gestorbenen (48 300) überstieg hingegen wie in den Vorjahren deutlich die Geborenenzahl (37 600).

### Bevölkerung am 31. Dezember 2018 nach Verwaltungsbezirken



Die Anzahl der in Rheinland-Pfalz lebenden Ausländerinnen und Ausländer stieg gegenüber dem 31. Dezember 2017 um rund 20 900 und gegenüber dem Stichtag der Volkszählung im Mai 2011 um 180 700 auf nunmehr etwa 452 700. Ihr Anteil an der Bevölkerung lag Ende 2018 bei elf Prozent und damit um 0,5 Prozentpunkte höher als ein Jahr zuvor. Gegenüber dem Stichtag der Volkszählung am 9. Mai 2011 ist der Ausländeranteil um rund 4,3 Prozentpunkte gestiegen.

Auch die Altersstruktur der Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer hat sich zum Teil deutlich verändert. Gegenüber dem 9. Mai 2011 sank die Zahl der unter 20-Jährigen um 1,4 Prozent auf rund 746 400. Rund 2 451 000 Personen entfallen aktuell auf die Altersgruppe der 20- bis unter 65-Jährigen; das sind 1,2 Prozent mehr als zum Zeitpunkt der letzten Volkszählung. 65 Jahre und älter sind rund 887 500 Menschen, 9,3 Prozent mehr als am 9. Mai 2011.

Die Bevölkerungszahl der kreisfreien Städte wuchs in Summe gesehen seit dem Zensus 2011 um rund 5,5 Prozent. In Ludwigshafen und Mainz waren die seitdem zu beobachtenden Bevölkerungszuwächse mit 8,6 Prozent bzw. 8,4 Prozent am stärksten ausgeprägt. Rückläufig war die Einwohnerentwicklung hingegen in der kreisfreien Stadt Pirmasens, die 1,2 Prozent der Einwohner verlor. In den Landkreisen lag die Einwohnerzahl im Durchschnitt um 1,3 Prozent höher als am Zensusstichtag. Den

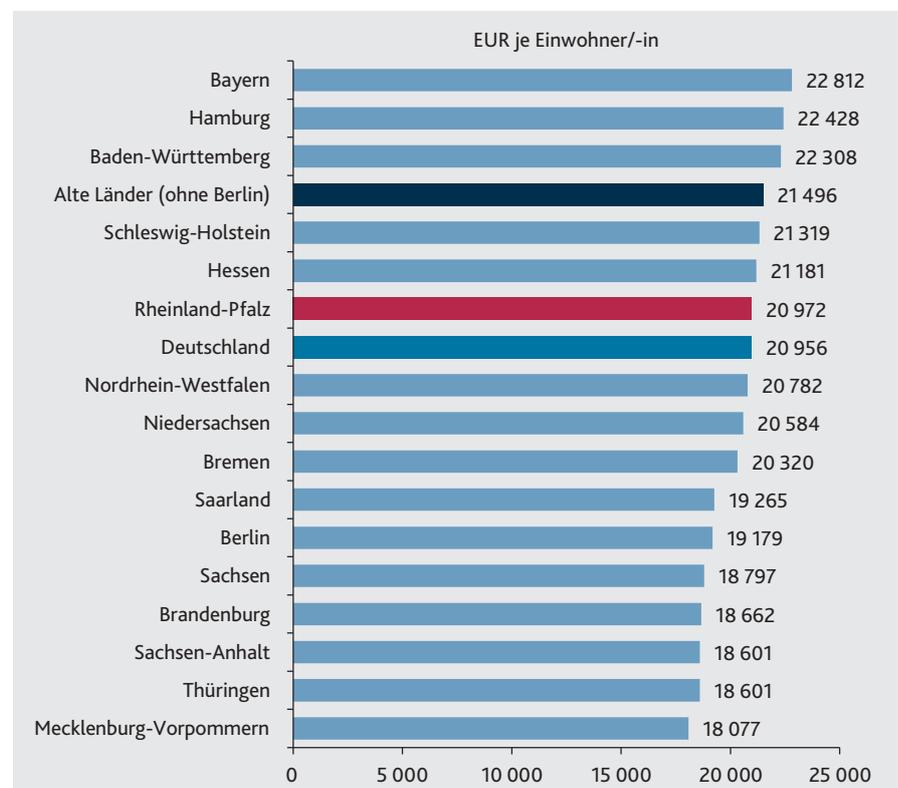
stärksten Bevölkerungsgewinn gab es in den Landkreisen Mainz-Bingen und im Rhein-Pfalz-Kreis (5,1 bzw. fünf Prozent), der höchste Rückgang war im Landkreis Südwestpfalz zu verzeichnen (-3,4 Prozent).

### Durchschnittlich 20 972 Euro pro Kopf für Konsumausgaben

Im Jahr 2017 gaben die privaten Haushalte in Rheinland-Pfalz 85,4 Milliarden Euro bzw. 92,3 Prozent ihres verfügbaren Einkommens für den privaten Konsum aus, der Rest wurde gespart. Die Konsumausgaben stiegen damit gegenüber 2016 preisbereinigt um 2,6 Prozent. Im Bundesdurchschnitt nahmen die privaten Konsumausgaben um 3,4 Prozent zu.

Jede Einwohnerin bzw. jeder Einwohner in Rheinland-Pfalz gab 2017 durchschnittlich 20 972 Euro für Konsumzwecke aus. Der private Konsum je Einwohnerin bzw. Einwohner war damit geringfügig höher als in Deutschland (20 956 Euro). Deutliche Unterschiede zeigen sich zwischen den alten Bundesländern (ohne Berlin) mit einem Pro-Kopf-Konsum von 21 496 Euro und den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit Konsumausgaben von 18 736 Euro je Einwohnerin bzw. Einwohner. Gegenüber dem Jahr zuvor nahmen die Pro-Kopf-Ausgaben in Rheinland-Pfalz preisbereinigt um 0,8 Prozent zu. Deutschlandweit betrug der Anstieg 1,4 Prozent.

Konsumausgaben der privaten Haushalte 2017 nach Bundesländern



Das Sparvolumen, also der Teil des verfügbaren Einkommens, der nicht für den Konsum verwendet wird, ist 2017 deutlich gestiegen. Wie in den vorangegangenen drei Jahren erhöhte sich das Sparen mit einem Plus von 4,6 Prozent in jeweiligen Preisen kräftig (Deutschland: +4,3 Prozent). Insgesamt sparten die privaten Haushalte zehn Milliarden Euro. Der Anteil der Ersparnisse am verfügbaren Einkommen, vermehrt um die Zunahme der betrieblichen Versorgungsansprüche, betrug auch 2017 10,5 Prozent. Deutschlandweit war die Sparquote mit 9,9 Prozent etwas niedriger. Dabei lag die Sparquote in den alten Ländern (ohne Berlin) mit 10,3 Prozent wesentlich höher als in den neuen Ländern (einschließlich Berlin) mit 7,7 Prozent.

Je Einwohnerin bzw. Einwohner belief sich die Ersparnis auf 2 449 Euro,

und somit auf 153 Euro mehr als im Bundesdurchschnitt (2 296 Euro). Im Vergleich zu 2016 nahm das Sparen je Einwohnerin bzw. Einwohner in Rheinland-Pfalz um 101 Euro zu (Deutschland: +87 Euro).

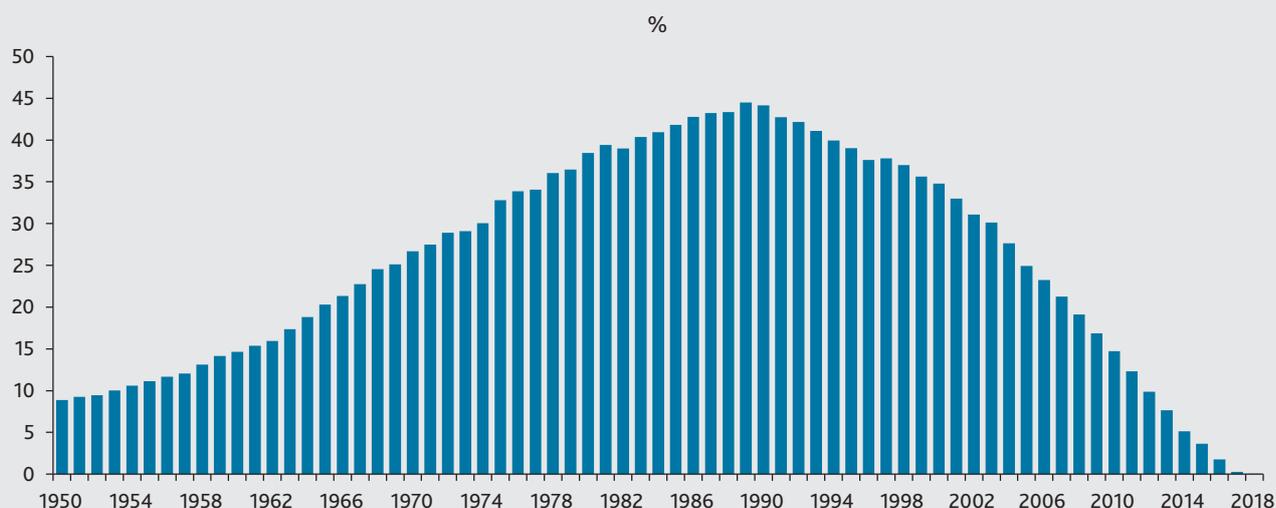
### Scheidungen weiter rückläufig

Im Jahr 2018 wurden von den rheinland-pfälzischen Familienrichterinnen und -richtern 8 025 Ehen geschieden; das war gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um vier Prozent. Damit setzt sich der Trend rückläufiger Scheidungszahlen weiter fort. Zu Beginn der 2000er-Jahre wurden noch mehr als 10 000 Scheidungen registriert. Gegenüber dem Jahr 2003, in dem mit 11 567 Scheidungen der bisherige Höhepunkt seit Landesgründung registriert wurde, ergibt sich ein Rückgang um 30 Prozent.

Trotz insgesamt sinkender Scheidungszahlen ist die Trennungsbereitschaft nach relativ kurzer Ehedauer weiterhin groß. Von den 2018 beendeten Ehen sind die meisten (438 bzw. 439) erst in den Jahren 2012 und 2011 geschlossen worden. Aber auch „alte Liebe rostet“. Insgesamt 1 349 Paare hatten zum Zeitpunkt der Scheidung bereits die silberne Hochzeit gefeiert. Bis Ende 2018 wurden von den in den 80er- und 90er-Jahren geschlossenen Ehen mehr als jede dritte geschieden. Die höchste Gesamtscheidungsquote weist dabei der Heiratsjahrgang 1989 auf. Rund 45 Prozent der Paare, die in diesem Jahr heirateten, gehen wieder getrennte Wege.

Im vergangenen Jahr wurden landesweit neun von 1 000 bestehenden Ehen geschieden. Innerhalb des Landes zeigen sich deutliche regionale Unterschiede. Da die Scheidungszah-

Gesamtscheidungsquote<sup>1</sup> der Heiratsjahrgänge 1950–2018



<sup>1</sup> Bislang geschiedene Ehen je 100 Eheschließungen des entsprechenden Heiratsjahrgangs.

len auf Kreisebene zum Teil deutlichen jährlichen Schwankungen unterliegen, können Mehrjahresdurchschnitte verlässlichere Aussagen zum Scheidungsrisiko liefern. Im Fünfjahresdurchschnitt lag die Scheidungsziffer in den kreisfreien Städten mit 8,7 niedriger als in den Landkreisen (9,4). Die höchsten Scheidungsziffern ergeben sich für die Städte Zweibrücken (11,6) und Kaiserslautern (elf) sowie den Landkreis Kaiserslautern (11,3). Im Landkreis Kusel scheinen dagegen die besten Voraussetzungen für eine lebenslange Ehedauer gegeben zu sein. Im Durchschnitt der vergangenen fünf Jahre lassen sich dort landesweit die wenigsten Paare scheiden (6,3).

Im Jahr 2018 wurden außerdem 70 gleichgeschlechtliche Lebenspartnerschaften durch gerichtlichen Beschluss aufgehoben. In der Mehr-

zahl der Fälle waren weibliche Partnerschaften betroffen (60 Prozent).

### Immer weniger Menschen erhalten Asylbewerberleistungen

Am Jahresende 2018 erhielten in Rheinland-Pfalz 16 538 Personen Regelleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz; knapp zwei Drittel davon waren Männer. Die Anzahl der Leistungsempfängerinnen und -empfänger ist gegenüber dem Vorjahr um 2 587 Personen bzw. 14 Prozent zurückgegangen.

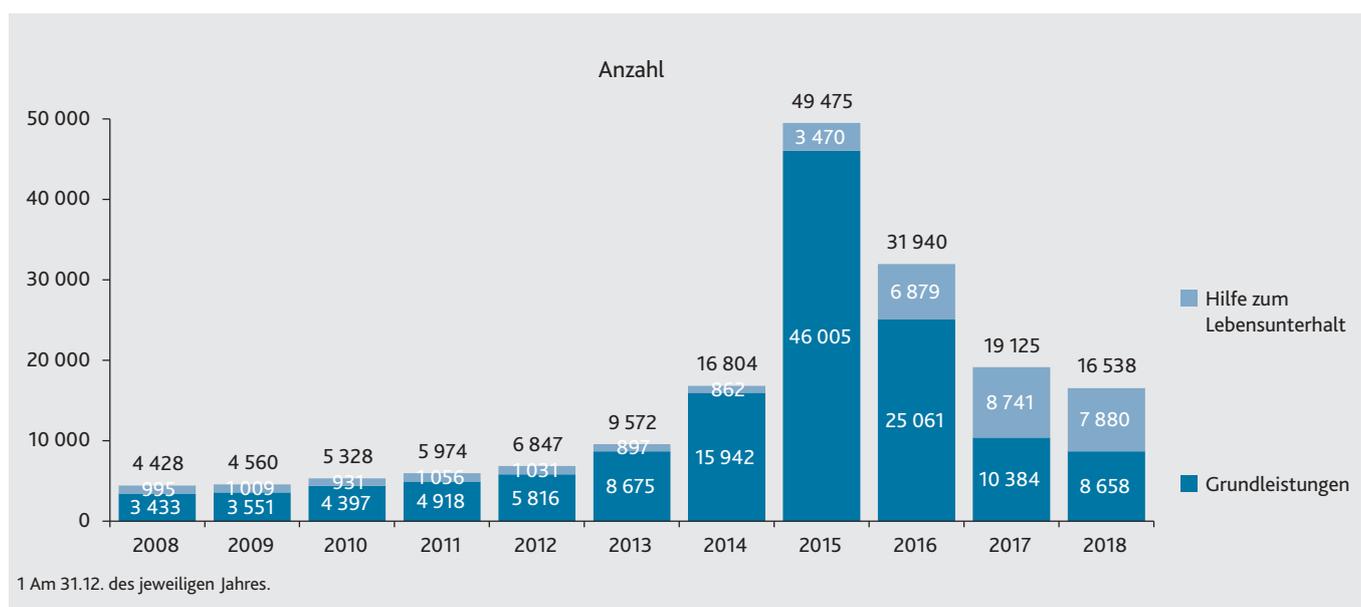
Die rückläufigen Fallzahlen seit dem Jahr 2015 sind auf die sinkende Anzahl einreisender Asylsuchender sowie den fortschreitenden Abschluss bestehender Asylverfahren zurückzuführen, was den Wegfall der Leistungsberechtigung nach dem Asylbewerberleistungsgesetz zur Folge hat.

Das Durchschnittsalter der Leistungsempfängerinnen und -empfänger lag Ende 2018 bei rund 25 Jahren.

Häufigstes Herkunftsland ist mit rund 2 900 Personen Afghanistan; aus diesem Land kamen 18 Prozent aller Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Als weitere bedeutende Herkunftsländer folgen Pakistan, Armenien und Syrien mit jeweils rund 1 200 Schutzsuchenden bzw. einem Anteil von je sieben Prozent.

Grundleistungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz bezogen rund 8 700 bzw. 52 Prozent der Leistungsempfängerinnen und -empfänger. Diese werden in Form von Sachleistungen, Wertgutscheinen und Geldleistungen gewährt und sind dazu bestimmt, den täglichen Lebensunterhalt zu decken, das heißt unter anderem Ernährung, Kleidung,

Empfänger/-innen von Regelleistungen 2008–2018<sup>1</sup> nach dem Asylbewerberleistungsgesetz



Unterkunft, Gesundheits- und Körperpflege. Von den Empfängerinnen und Empfängern der Grundleistungen lebten rund 4 600 dezentral in Wohnungen, 3 000 in zentralen Aufnahmeeinrichtungen für Asylbegehrende (AfA) und 1 150 in Gemeinschaftsunterkünften.

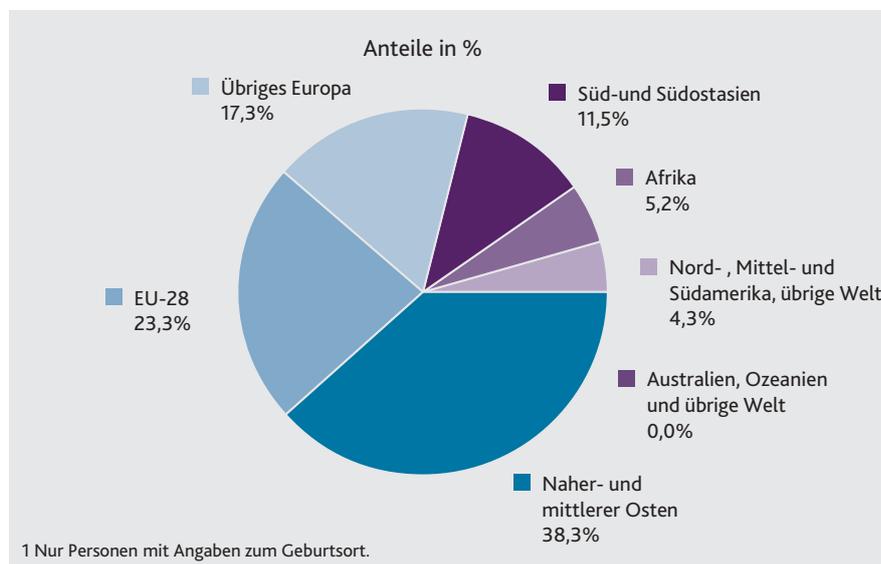
Mehr als 7 800 Asylbewerberinnen und -bewerber (48 Prozent) erhielten hingegen erhöhte Zuwendungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt – die sogenannten Analogleistungen. Diese üblicherweise als Geldleistungen gewährten Zuwendungen werden in der Regel nach 15-monatiger Aufenthaltsdauer in Deutschland gezahlt und bewirken, dass die Leistungsberechtigten denjenigen Personen gleichgestellt werden, die Hilfe zum Lebensunterhalt nach dem Zwölften Buch Sozialgesetzbuch (SGB XII) erhalten.

### 115 000 Menschen ziehen wegen Flucht, Vertreibung, Verfolgung und Asyl zu

In Rheinland-Pfalz lebten im Jahr 2017 gut 115 000 Personen, die Flucht, Verfolgung, Vertreibung und Asyl als wichtigstes Motiv für ihren Zuzug nach Deutschland nannten. Das entsprach einem Bevölkerungsanteil von knapp 2,9 Prozent. Von den Geflüchteten und Vertriebenen sind etwa 66 000 Männer und rund 49 000 Frauen, 15 000 sind jünger als 18 Jahre.

Nach der Zusammenführung von Familien (33 Prozent) war Flucht, Ver-

### Geburtsort der Bevölkerung<sup>1</sup> 2017, die hauptsächlich wegen Flucht, Vertreibung, Verfolgung oder Asyl nach Deutschland zugewandert ist



folgung, Vertreibung und Asyl mit 17 Prozent damit das zweitwichtigste Zuzugsmotiv für diejenigen Rheinland-Pfälzerinnen und Rheinland-Pfälzer, deren Geburtsort außerhalb des heutigen Gebietes der Bundesrepublik Deutschland liegt. Werden nur Personen betrachtet, die seit 2013 nach Deutschland eingereist sind, ist dies mit rund 32 Prozent das mit Abstand wichtigste Einwanderungsmotiv.

Der überwiegende Teil der rund 115 000 Personen stammt aus dem Nahen und Mittleren Osten (38 Prozent). Etwa ein Viertel (24,5 Prozent) – und damit die größte Einzelgruppe – wurde in Syrien geboren. Es folgen Polen (16 Prozent) und Afghanistan (sieben Prozent). Etwas weniger als die Hälfte der Personen (46 Prozent) verfügt heute über die deutsche Staatsangehörigkeit. Darunter sind etwa 5 900 Zuwanderer, die zusätzlich noch einen weiteren

Pass vorweisen können (Doppelstaatlerinnen und Doppelstaatler).

Etwas mehr als 42 Prozent der Eingewanderten gaben an, in ihrem Haushalt vorwiegend Deutsch zu sprechen. Neben Arabisch (22 Prozent) wurde seltener auch eine sonstige europäische (zehn Prozent), asiatische (6,3 Prozent) oder afrikanische Sprache (5,1 Prozent) genannt. Gut 42 Prozent der Befragten erklärten zudem, innerhalb der vergangenen fünf Jahre nach Deutschland gekommen zu sein. Fast ein Fünftel (18 Prozent) lebt bereits seit den 1940er Jahren in Deutschland. Weitere 17 Prozent nannten die 90er-Jahre als erstmaliges Einreisedatum.

### 2 100 Anträge auf Anerkennung ausländischer Berufsqualifikationen

Im Jahr 2018 bearbeiteten die Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz im Rahmen des Berufsqualifikations-

feststellungsgesetzes (BQFG) rund 2 100 Anträge auf die Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation. Das waren etwa 100 Anträge bzw. 4,6 Prozent weniger als im Vorjahr.

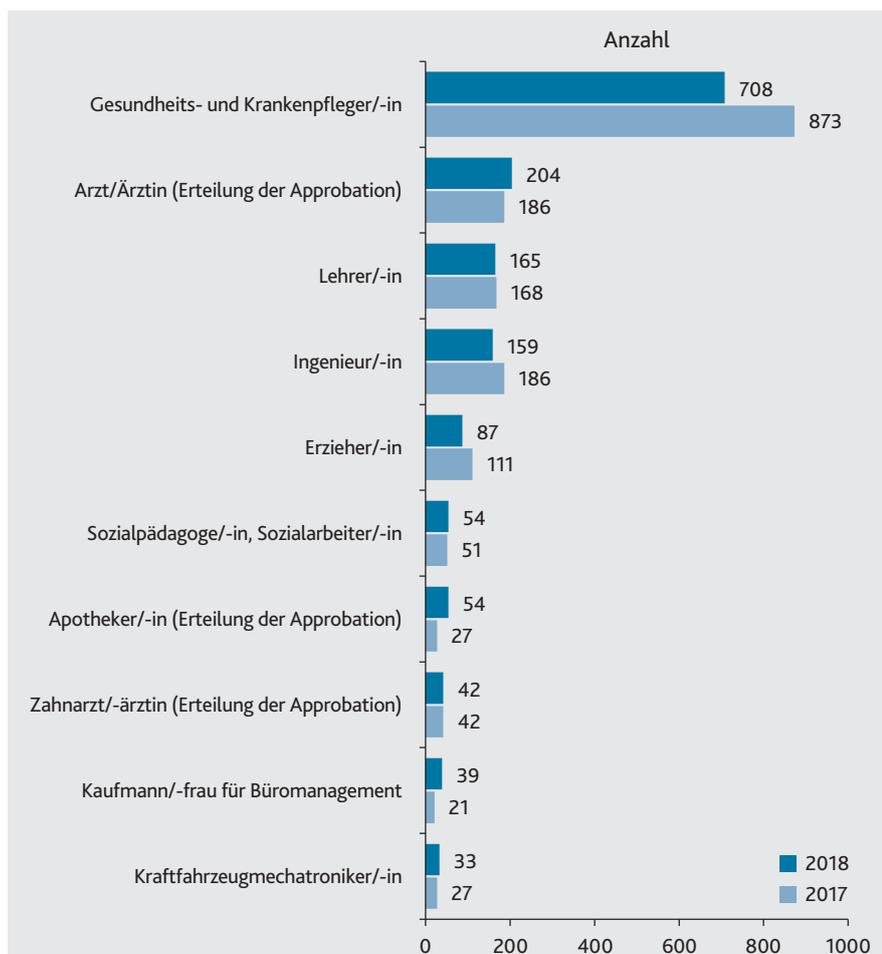
Das Feststellungsverfahren bietet die Möglichkeit, die Berufsabschlüsse qualifizierter ausländischer Arbeitskräfte in Deutschland bzw. Rheinland-Pfalz anzuerkennen. Davon profitiert insbesondere die Gesundheitsversorgung: Im Jahr 2018 wurden mehr als 700 Ausbildungsabschlüsse zur

Gesundheits- und Krankenpflege und rund 200 Approbationen zur Ausübung des Arztberufs in den Anerkennungsstellen in Rheinland-Pfalz bearbeitet. Gegenüber dem Vorjahr sank allerdings die Zahl der Anerkennungsanträge zur Ausübung der Gesundheits- und Krankenpflege deutlich (-19 Prozent). Dies ist ein wesentlicher Grund für den Rückgang der Gesamtzahl der Anträge auf Anerkennung einer ausländischen Berufsqualifikation in Rheinland-Pfalz.

Am häufigsten wurden Anträge eingereicht, die die Anerkennung einer in Syrien (321) oder den Philippinen (240) erworbenen Ausbildung beantragten. Dies ist im Wesentlichen auf die zugewanderten Schutz- und Asylsuchenden aus Syrien und auf das Projekt „Triple Win“ der Bundesagentur für Arbeit und der Deutschen Gesellschaft für internationale Zusammenarbeit zurückzuführen, in dessen Rahmen Pflegefachkräfte aus den Philippinen, Serbien, Bosnien-Herzegowina und Tunesien gewonnen werden. Während die Zahl der Anträge für die Anerkennung der Pflegefachkräfte aus Serbien (+21 Anträge) und Bosnien-Herzegowina (+3) gegenüber dem Vorjahr leicht stieg, sank sie insbesondere bei denjenigen, die auf den Philippinen (-57) die Ausbildung abgeschlossen haben. Der Anstieg der Antragsstellerinnen und Antragssteller aus den beiden Balkanländern ist im Rahmen des Projekts „Tripe Win“ womöglich auf die räumliche Nähe zu Deutschland und die vergleichsweise geringeren sprachlich-kulturellen Barrieren zurückzuführen.

Von allen knapp 1 500 abgeschlossenen oder beendeten Anerkennungsverfahren wurden 55 Prozent der beruflichen Qualifikationen als voll gleichwertig mit den jeweiligen deutschen Referenzberufen bewertet. Hinzu kommen 14 Prozent, die eine Ausgleichsmaßnahme, beispielsweise eine Weiterbildung, auferlegt bekamen, damit ihre Qualifikation anerkannt wird. Abgelehnt, nur in Teilen anerkannt oder abgebrochen wurden rund 31 Prozent der Anträge bzw. Antragsverfahren.

Anträge BQFG-Bund und -Rheinland-Pfalz 2017 und 2018 nach den zehn häufigsten Referenzberufen<sup>1</sup>



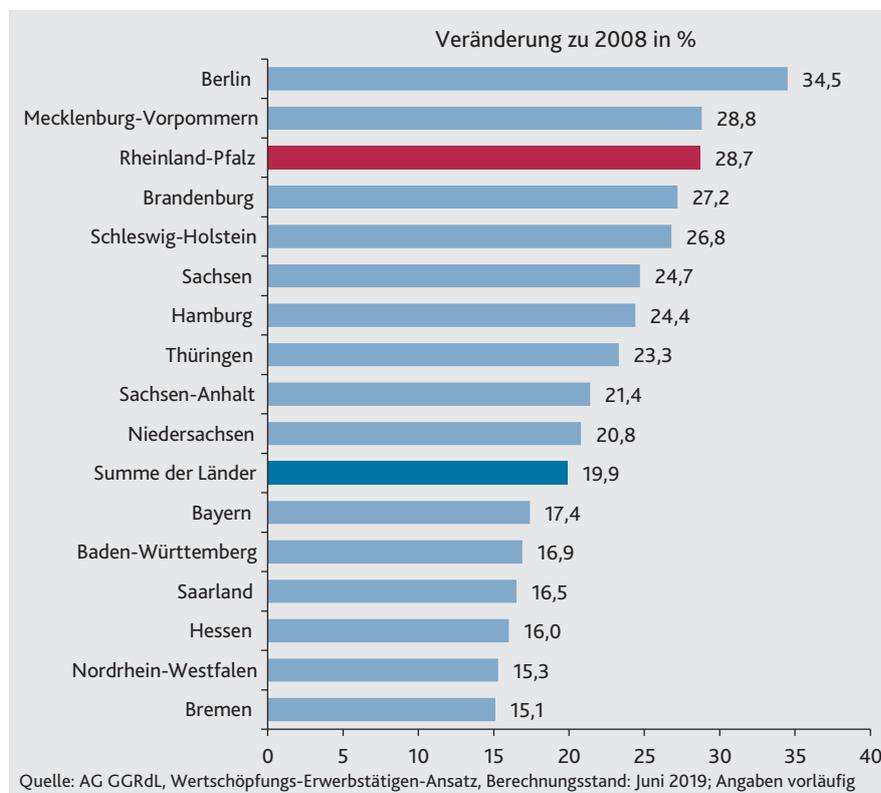
<sup>1</sup> BQFG: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetz des Bundes; BQFG-RP: §17 des Berufsqualifikationsfeststellungsgesetzes des Landes Rheinland-Pfalz; aus Gründen der Geheimhaltung auf ein Vielfaches von drei gerundet.

Das 2012 in Kraft getretene BQFG, auch „Anerkennungsgesetz“ genannt, ist ein Gesetz zur Feststellung und Anerkennung von beruflichen Qualifikationen und Abschlüssen, die im Ausland erworben wurden. Ziel ist es, die Sicherung des Fachkräftebedarfs in Deutschland zu unterstützen und eine gesellschaftliche, berufliche und arbeitsmarktorientierte Integration von Migrantinnen und Migranten zu fördern. Das Anerkennungsgesetz bezieht sich im Wesentlichen auf mehr als 600 bundesrechtlich geregelte Berufe. Dazu zählen insbesondere alle Ausbildungsberufe des dualen Berufsbildungssystems und reglementierte akademische Berufe (z. B. Ärzte). Zudem wird seit Oktober 2013 im Rahmen des Landesgesetzes (BQFG-RP) die Gleichwertigkeit ausländischer Berufsqualifikationen mit landesrechtlich reglementierten Berufen individuell überprüft. Beispielsweise fällt hierunter die berufliche Ausübung des Lehramts an rheinland-pfälzischen Schulen.

### Wertschöpfung der Gesundheitswirtschaft steigt

Die Gesundheitswirtschaft wächst mit hoher Dynamik. Ihre Bruttowertschöpfung erhöhte sich in Rheinland-Pfalz 2018 preisbereinigt um 4,2 Prozent. In jeweiligen Preisen erzielte dieser Wirtschaftsbe- reich eine Bruttowertschöpfung von 15,4 Milliarden Euro. Dies entspricht einem Anteil von elf Prozent an der gesamten Bruttowertschöpfung, die im Land erzielt wird.

### Preisbereinigte Bruttowertschöpfung in der Gesundheitswirtschaft 2018 nach Bundesländern



Auch längerfristig ist die Gesundheitswirtschaft überdurchschnittlich gewachsen. Zwischen 2008 und 2018 stieg ihre Wertschöpfung nach derzeitigem Berechnungsstand preisbereinigt um 29 Prozent, während die gesamtwirtschaftliche Bruttowertschöpfung in diesem Zeitraum lediglich um 13 Prozent zulegte. Mit dieser Wachstumsdynamik lag Rheinland-Pfalz im Vergleich der Länder an dritter Stelle hinter Berlin und Mecklenburg-Vorpommern.

Die Gesundheitswirtschaft ist sehr personalintensiv. Daher ist ihre Bedeutung für den Arbeitsmarkt noch größer als ihr Wertschöpfungsanteil. Im Jahr 2018 waren 301 600 Personen in der rheinland-pfälzischen

Gesundheitswirtschaft tätig, was einem Anteil von 15 Prozent an allen Erwerbstätigen entspricht.

Gegenüber 2017 ist die Zahl der Erwerbstätigen in der Gesundheitswirtschaft um 1,8 Prozent gewachsen. Zugleich lag die Erwerbstätigenzahl um 22 Prozent über dem Niveau von 2008. Dieser Anstieg bedeutet Rang acht unter den Bundesländern. Die Gesamtzahl der Erwerbstätigen erhöhte sich in diesem Zeitraum in Rheinland-Pfalz nur um 6,9 Prozent.

Die Bruttowertschöpfung je Erwerbstätigen gibt Auskunft über die Produktivität der Gesundheitswirtschaft. Im Jahr 2018 erwirtschaftete jede erwerbstätige Person in der

rheinland-pfälzischen Gesundheitswirtschaft im Durchschnitt eine Bruttowertschöpfung von knapp 51 100 Euro. Damit liegt die Produktivität um rund 2 000 Euro über dem Durchschnitt aller Bundesländer; im Ländervergleich belegt Rheinland-Pfalz den sechsten Platz. Aufgrund der hohen Personalintensität ist die Produktivität in der Gesundheitswirtschaft allerdings wesentlich niedriger als in der Gesamtwirtschaft (2018: 65 900 Euro).

### Umweltbranche erzielt 5,7 Milliarden Euro Umsatz

Die rheinland-pfälzische Umweltbranche erzielte 2017 rund 5,7 Milliarden Euro Jahresumsatz. Klimaschutzmaßnahmen brachten knapp 55 Prozent des gesamten Umsatzes ein. Von den insgesamt 3,1 Milliarden Euro Umsatz mit Waren und Dienstleistungen für den Klimaschutz entfielen allein 2,4 Milliarden auf Maßnahmen zur Verbesserung der

Energieeffizienz (z. B. durch Gebäudedämmung). Hinzu kamen insbesondere Waren und Dienstleistungen im Bereich der Nutzung von Wind- und Solarenergie.

Auf Maßnahmen für die Luftreinhaltung entfielen knapp eine Milliarde Euro bzw. 17,5 Prozent des Gesamtumsatzes in der Umweltbranche, wobei es sich hauptsächlich um Filter- und Katalysatorsysteme für Abgase handelt. Weitere Angebote, mit denen die Umweltbranche nennenswerte Umsätze erzielt, gehören zu den Bereichen Abwasserwirtschaft, Abfallwirtschaft und Lärmbekämpfung (z. B. Maßnahmen zur Verminderung der Abwassermenge, Verwertung von Abfällen oder Geräte zur Schalldämpfung).

Es ist zu beachten, dass umweltschutzbezogene wirtschaftliche Aktivitäten üblicherweise sektorübergreifend stattfinden und sich nicht genau abgrenzen lassen. Bei

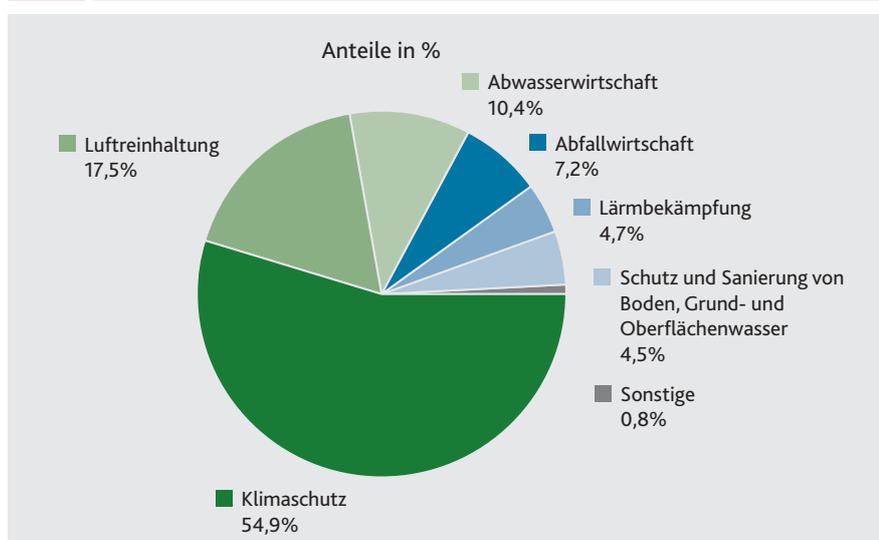
der Umweltbranche handelt es sich um einen sogenannten Querschnittssektor. Im Jahr 2016 führte die Einführung einer bundesweit geltenden einheitlichen unteren Abschneidegrenze bei den befragten Betrieben dazu, dass die zeitliche Vergleichbarkeit mit den Vorjahren eingeschränkt ist. In der üblichen Unterteilung der Wirtschaftszweige ist „der Umweltsektor“ gar nicht enthalten. Der sektorübergreifend erwirtschaftete Umsatz entsprach 2017 allerdings mit rund 5,7 Milliarden Euro in der Größenordnung etwa dem Umsatz eines mittelgroßen Wirtschaftszweiges der Industrie in Rheinland-Pfalz, wie z. B. der Herstellung von Gummi- und Kunststoffwaren (Jahresumsatz 2017: 5,6 Milliarden Euro). Die Arbeitsleistung der in der Umweltbranche tätigen Personen entsprach 2017 rund 19 400 Vollzeitäquivalenten.

### Güterumschlag in Binnenhäfen steigt im ersten Quartal leicht

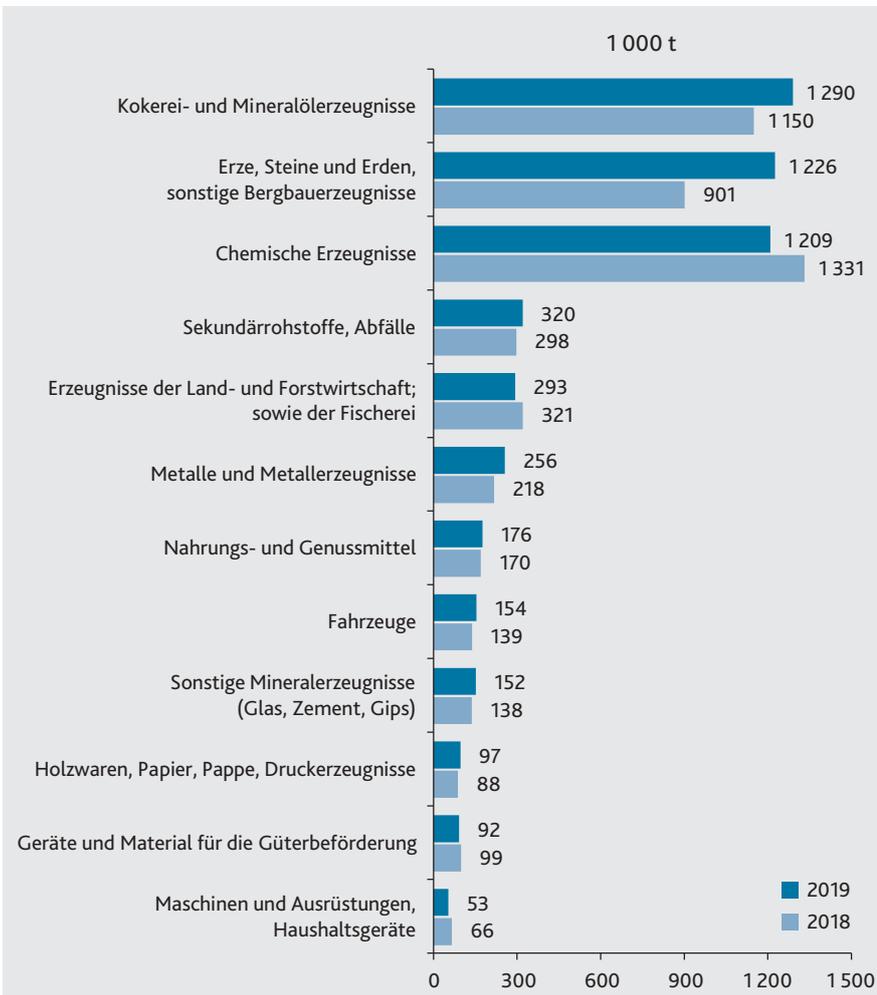
Im ersten Quartal 2019 wurden in den rheinland-pfälzischen Häfen mehr Güter umgeschlagen als im ersten Quartal 2018. Die Schiffs- bzw. Frachtführer meldeten für die Monate Januar bis März 2019 einen Güterumschlag von mehr als 5,8 Millionen Tonnen. Dies waren 329 000 Tonnen bzw. sechs Prozent mehr als im Vergleichszeitraum des Jahres 2018.

Der Versand erhöhte sich um zehn Prozent auf 2,5 Millionen Tonnen. Der Empfang stieg um 2,9 Prozent auf 3,3 Millionen Tonnen.

Umsatz mit Waren, Bau- und Dienstleistungen für den Umweltschutz 2017 nach Umweltbereichen



**Güterumschlag in Häfen von Januar bis März 2018 und 2019 nach Güterabteilungen**

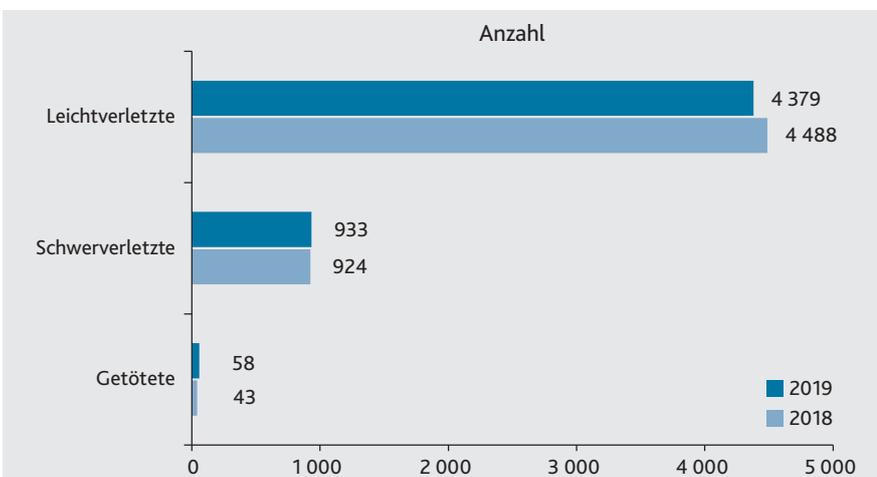


Die höchste Umschlagmenge entfiel mit 1,29 Millionen Tonnen (+12 Prozent) auf die Abteilung „Kokerei- und Mineralölerzeugnisse“. An zweiter Stelle folgt die Güterabteilung „Erze, Steine und Erden, sonstige Bergbauerzeugnisse“ mit 1,23 Millionen Tonnen, deren Umschlagsplus von 325 000 Tonnen (+36 Prozent) die Gesamtentwicklung der Umschlagszahlen des ersten Quartals 2019 stark beeinflusst hat. Danach folgt die Güterabteilung „Chemische Erzeugnisse“ mit einem Umschlag von 1,21 Millionen Tonnen (-9,2).

In Ludwigshafen, dem größten Binnenhafen des Landes, wurden 6,8 Prozent weniger Güter umgeschlagen als im Vorjahreszeitraum. Im zweitgrößten Hafen Mainz wurde ein Umschlagsplus von 8,7 Prozent ermittelt. Die Schifffahrt wurde aufgrund niedriger Wasserstände zeitweise behindert.

**Mehr Todesopfer bei Straßenverkehrsunfällen**

**Verunglückte im Straßenverkehr von Januar bis April 2018 und 2019**



Von Januar bis April 2019 verloren in Rheinland-Pfalz 58 Menschen bei Verkehrsunfällen ihr Leben. Nach vorläufigen Angaben waren das 15 Todesopfer mehr als von Januar bis April 2018. Die Zahl der Schwerverletzten stieg um ein Prozent auf 933.

Die Zahl der Leichtverletzten verringerte sich gegenüber den ersten vier Monaten des Vorjahres auf 4 379 Personen (-2,4 Prozent). Insgesamt registrierte die Polizei in den ersten vier Monaten 45 294 Straßenverkehrsunfälle und damit 1,8 Prozent weniger als im Vorjahreszeitraum.

Darunter waren 41 212 Unfälle, bei denen nur Sachschaden entstand. Dies waren zwei Prozent weniger als in den ersten vier Monaten 2018.

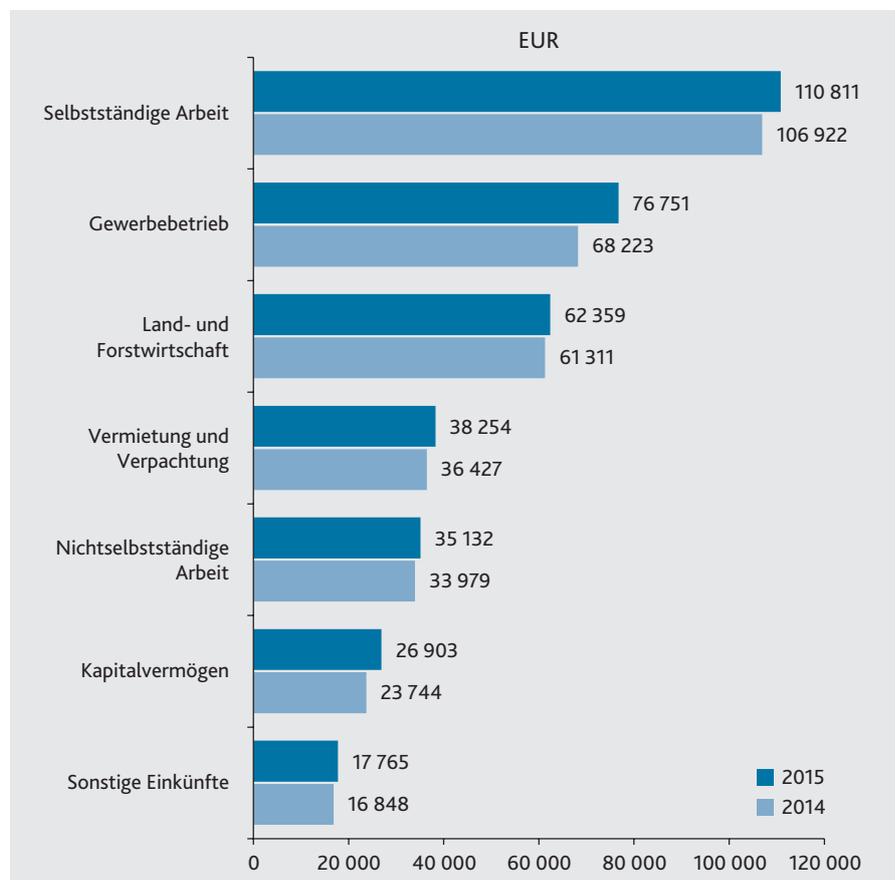
### Einkommensteuer: 65 Prozent liegen unter dem Durchschnitt

Die knapp zwei Millionen Lohn- und Einkommensteuerpflichtigen mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz erzielten 2015 im Durchschnitt einen Gesamtbetrag der Einkünfte von 37 338 Euro. Das entspricht einem Plus von 3,9 Prozent bzw. 1 404 Euro gegenüber dem Jahr 2014. Die festgesetzte Einkommensteuer betrug im Durchschnitt 6 380 Euro je Steuerpflichtigem und legte damit um 5,6 Prozent zu.

Die Einkünfte weisen eine Ungleichverteilung auf. Rund zwei Drittel der Steuerpflichtigen (65 Prozent) lagen unter dem Durchschnitt von 37 338 Euro. Die auf diese Steuerpflichtigen entfallende Steuer machte aber in der Summe nur rund 14 Prozent der festgesetzten Einkommensteuer aller Steuerpflichtigen aus. Demgegenüber trugen die 732 Steuerpflichtigen mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von einer Million Euro und mehr – die sogenannten Einkommensmillionäre – 5,8 Prozent zur festgesetzten Steuer bei, obwohl sie nur knapp 0,04 Prozent aller Steuerpflichtigen repräsentieren.

Der Großteil der Steuerpflichtigen (85 Prozent) hatte überwiegend Einkünfte aus nichtselbstständiger Arbeit. Der Gesamtbetrag der Ein-

Durchschnittlicher Gesamtbetrag der Einkünfte je Steuerpflichtigen/-er 2015 und 2014 nach überwiegender Einkunftsart



künfte lag hier bei durchschnittlich rund 35 000 Euro je Steuerpflichtigem. Steuerpflichtige mit anderen überwiegenden Einkunftsarten verdienten zum Teil deutlich mehr. An der Spitze standen die Steuerpflichtigen mit überwiegenden Einkünften aus selbstständiger Arbeit mit einem durchschnittlichen Gesamtbetrag der Einkünfte von 111 000 Euro pro Kopf.

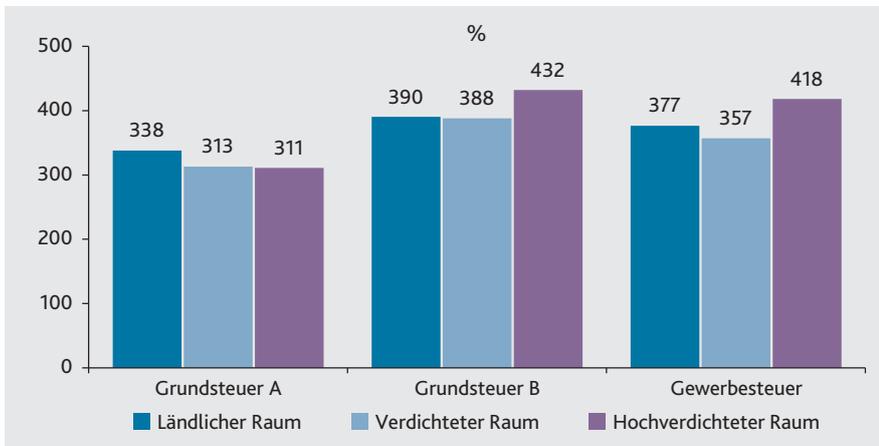
Die im Durchschnitt höchsten Gesamtbeträge der Einkünfte je Steuerpflichtigem wurden im Südosten des Landes gelegenen Gebietskörperschaften erreicht. Spitzenreiter war nach wie vor der Landkreis Mainz-Bingen mit knapp 46 800 Euro, gefolgt

von dem Landkreis Bad Dürkheim (43 200 Euro) und der kreisfreien Stadt Speyer (42 200 Euro). Schlusslichter waren die kreisfreie Stadt Pirmasens (30 100 Euro) und der Eifelkreis Bitburg-Prüm (31 700 Euro). Der Durchschnittswert des Gesamtbetrags der Einkünfte lag in den Landkreisen um 5,2 Prozent höher als in den kreisfreien Städten.

### Wenige Kommunen erhöhen 2019 die Hebesätze

Die Hebesätze für die Realsteuern steigen 2019 im Durchschnitt aller rheinland-pfälzischen Kommunen nur gering an. Anhand von aktuel-

### Hebesätze der Realsteuern 2019 nach Raumstrukturtypen



len Vorabmeldungen der Gemeinden errechnet sich ein landesdurchschnittlicher Hebesatz für die Gewerbesteuer in Höhe von 379 Prozent. Gegenüber dem Vorjahr wächst er um einen Prozentpunkt. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer A erhöht sich voraussichtlich ebenfalls um einen Prozentpunkt auf 323 Prozent. Gleiches gilt für die Grundsteuer B; sie steigt um einen Prozentpunkt auf 403 Prozent.

Die Grundsteuer A wird von den Kommunen auf land- und forstwirtschaftliche Flächen, die Grundsteuer B auf bebaute bzw. bebaubare Grundstücke erhoben.

Sowohl bei der Gewerbesteuer als auch bei der Grundsteuer A heben 2019 rund vier Prozent der Städte und Gemeinden den Hebesatz an, ebenfalls vier Prozent senken den Hebesatz. Fast das Gleiche gilt für die Grundsteuer B. Hier erhöhen rund fünf Prozent den Hebesatz, während vier Prozent ihn reduzieren. Somit ist auch das Gesamtbild rela-

tiv ausgeglichen: Knapp fünf Prozent der Kommunen senken im Jahr 2019 mindestens einen der Realsteuerhebesätze während gut fünf Prozent der Kommunen mindestens einen Hebesatz anheben.

Die kreisfreien Städte veranschlagen bei der Gewerbesteuer und der Grundsteuer B im Durchschnitt einen deutlich höheren Hebesatz als die kreisangehörigen Gemeinden: Bei der Gewerbesteuer liegt der durchschnittliche Hebesatz in den kreisfreien Städten – nach leichtem Anstieg – bei 424 Prozent, bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen unverändert bei 359 Prozent. Der durchschnittliche Hebesatz für die Grundsteuer B beträgt bei den kreisfreien Städten 448 Prozent (+4 Prozentpunkte), bei den kreisangehörigen Gemeinden hingegen nahezu unverändert 383 Prozent (+1 Prozentpunkt).

Dabei gibt es teilweise große Unterschiede: So reichen die Hebesätze bei der Grundsteuer A von 0 bis 900 Pro-

zent; bei der Grundsteuer B von 0 bis 700 Prozent und bei der Gewerbesteuer von 310 bis 600 Prozent.

Die rheinland-pfälzische Landesplanung ordnet die Kommunen verschiedenen Raumstrukturtypen zu. Hierbei wird zwischen ländlichen, verdichteten sowie hoch verdichteten Siedlungsräumen unterschieden.

Eine Auswertung der aktuellen Hebesätze nach Raumstrukturtypen zeigt spürbare Unterschiede. Die hoch verdichteten Siedlungsräume weisen im Durchschnitt die höchsten Hebesätze bei der Grundsteuer B (432 Prozent) und der Gewerbesteuer (418 Prozent) auf. Im ländlichen Siedlungsraum sind hingegen die Hebesätze der Grundsteuer A im Durchschnitt am höchsten (338 Prozent).

Die Zahlen sind vorläufig. Erfahrungsgemäß erfolgen nahezu alle Hebesatzänderungen bis Mai des laufenden Jahres. Die Kommunen dürfen ihre Hebesätze im laufenden Haushaltsjahr jedoch noch bis zum 30. Juni erhöhen und bis zum 31. Dezember senken. Im Jahr 2018 machten hiervon einige wenige Kommunen Gebrauch.

Bundesweite Vergleichswerte für 2019 und 2018 liegen noch nicht vor. Mit den moderaten Erhöhungen im Jahr 2019 liegen die durchschnittlichen Hebesätze in Rheinland-Pfalz noch immer niedriger als im Bundesdurchschnitt des Jahres 2017. Besonders groß ist der Unterschied bei der Grundsteuer B.

## Statistischer Landesausschuss befasst sich mit Zensus 2021 und neuen Daten

Der Zensus 2021 war ein Schwerpunktthema der 53. Tagung des Statistischen Landesausschusses in Bad Ems. Das Gremium begrüßte, dass Bundestag und Bundesrat sich auf Erweiterungen des Erhebungskatalogs unter anderem um die Gründe und die Dauer für Wohnungsleerstände sowie zur Nettokaltmiete geeinigt haben. Die zwischen Bund und Ländern umstrittenen Punkte, insbesondere zu Finanzierungsfragen, müssten allerdings zeitnah geklärt werden, um Planungssicherheit für die in zwei Jahren anstehende Großerhebung zu bekommen.

Der Auf- und Ausbau eines Steuerungsregisters, in das unter anderem Daten von Melde- und Vermessungsbehörden einfließen, bestimmt aktuell die Arbeiten zur Vorbereitung des Zensus. Die Planung für die Einrichtung der kommunalen Erhebungsstellen sowie eine Vorberatung der Leitungen von Wohnheimen und ähnlichen Einrichtungen (sogenannte Sonderbereiche) sind weitere Aufgabenschwerpunkte im laufenden Jahr.

Breiten Raum nahm bei der Tagung das Thema statistische Geheimhaltung ein. Die amtliche Statistik sichert die im Bundesstatistikgesetz verankerte Geheimhaltung, d. h., Daten werden so dargestellt, dass Rückschlüsse auf einzelne Personen oder Unternehmen nicht möglich sind. Zugleich sollen aber die Informationen umfassend und regional tief gegliedert sein. Gerade in Rheinland-Pfalz mit seinen vielen kleinen Gemeinden ergeben sich häufig Schwierigkeiten bei Angeboten wie Meine Heimat und Kommunaldatenprofil oder bei regionalisierten Auswertungen und Datenanfragen. Im Landesausschuss wurden unterschiedliche Methoden der Geheimhaltung präsentiert und die Mitglieder um Rückmeldungen zu den Vorzügen und Nachteilen gebeten. Ein Beitrag zur Verringerung der Probleme könnte sein, Merkmale von der Geheimhaltung auszunehmen, die aufgrund gesetzlicher Normen ohnehin veröffentlicht werden müssen oder die offenkundig sind, etwa Jahresabschlüsse von Aktiengesellschaften oder das Geschlecht und das Alter in der Bevölkerungsstatistik.

Ideen für die Fortentwicklung des Datenangebots aus Nutzersicht brachte Marc Ferder für den Deutschen Gewerkschaftsbund ein. Nicht zuletzt vor dem Hintergrund der aktuellen Wohnungsnot besteht aus Sicht des DGB Bedarf an kleinräumigen Informationen zum Wohnungsmarkt möglichst auf Gemeindeebene. Angaben zu Wohnungen liegen derzeit aus verschiedenen Statistiken vor, etwa aus dem Mikrozensus, dem Zensus 2011, der Einkommens- und Verbrauchsstichprobe sowie der Wohnungsfortschreibung. Das Statistische Landesamt wird den Wunsch der Datennutzer nach einer Erhebung auf einheitlicher Grundlage und nach Auswertbarkeit bis auf Gemeindeebene im Verbund der Statistischen Ämter des Bundes und der Länder vortragen.

Bei der Weiterentwicklung des Erhebungsspektrums der amtlichen Statistik spielen digitale Daten eine wichtige Rolle. Martin Beck vom Statistischen Bundesamt präsentierte verschiedene Ansätze zur Datengewinnung, die in Pilotprojekten vorangetrieben werden, etwa die Nutzung von Mobilfunkdaten für die Pendlerstatistik oder die Heranziehung von Daten aus Scannerkassen für die Verbraucherpreisstatistik.

Kartenbasierte Darstellungen gewinnen in der amtlichen Statistik immer stärker an Bedeutung. Das Statistische Landesamt möchte daher zusammen mit dem Landesamt für Vermessung und Geobasisinformation einen innovativen Kartenviewer auf der Grundlage einer in Hamburg entwickelten Open-Source-Anwendung schaffen. Mit diesem Viewer werden die bestehenden Karten in ein zeitgemäßes Design gebracht und zu einem Bestandteil eines integrierten Regionaldatenangebots weiterentwickelt.

Eine praxisorientierte Anwendung des Landesinformationssystems, der Datenbank des Statistischen Landesamtes, präsentierte Sandra Illner vom Rechnungshof Rheinland-Pfalz. Ein weiterer Punkt war die Nachlese zu den Kommunalwahlen und zur Europawahl.

Der Statistische Landesausschuss berät das Statistische Landesamt und die Landesregierung in Grundsatzfragen der Statistik. Er besteht aus Vertreterinnen und Vertretern der Ministerien, des Rechnungshofes, des Landesbeauftrag-

ten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit, der kommunalen Spitzenverbände, der Kammern, der Arbeitgeber- und Unternehmerverbände, der Gewerkschaften sowie der Wissenschaft. Der Ausschuss tagt einmal im Jahr.